ifo KURZEXPERTISE

Volkswirtschaftliche Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines sozialen Pflichtjahres

Im Rahmen des Forschungsauftrags fe 7/22:
Rahmenvertrag Wissenschaftliche (Kurz-) Expertisen zu Grundsatzfragen der Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik

vorgelegt von:
ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie &
ifo Zentrum für internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung

ifo INSTITUT
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

Volkswirtschaftliche Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines sozialen Pflichtjahres

Kurzexpertise im Rahmen des Forschungsauftrags fe 7/22: Rahmenvertrag Wissenschaftliche (Kurz-) Expertisen zu Grundsatzfragen der Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik

Autoren

Joop Adema
Panu Poutvaara
Marcel Schlepper
Tuncay Taghiyev
Timo Wochner

Wir danken Nikolas Alt für die exzellente Unterstützung während seines Praktikums am ifo Institut.

Juni 2024

ifo INSTITUT
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie die Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Kontakt:
Marcel Schlepper
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.
Poschingerstr. 5
Telefon: +49(0)89/9224-1325
E-Mail: schlepper@ifo.de

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis ..... **I**

Tabellenverzeichnis ..... **II**

Executive Summary **3**

1 Ausgangslage **6**

2 Aussetzung der Wehrpflicht in Europa **9**

3 Empirische Forschung zu den ökonomischen Effekten eines Wehrdienstes ... **13**

3.1 Auswirkungen auf Individuen 13

3.2 Gesamtwirtschaftliche Effekte 15

3.3 Zwischenfazit zur empirischen Forschung 16

4 Szenarien für eine Wehrpflicht **17**

4.1 Parameter einer Wehrpflicht 17

4.2 Marktlösung 19

4.3 Rechtliche Lage 20

5 Quantifizierung der volkswirtschaftlichen Kosten **22**

5.1 Modell und Kalibrierung 22

5.2 Mechanismen 25

5.3 Gesamtwirtschaftliche Kosten 29

5.4 Lastenungleichheit zwischen Individuen 32

5.5 Grenzen der Modellierung 35

6 Direkte Kosten für den Staatshaushalt **37**

7 Schlussfolgerungen **41**

Literaturverzeichnis **44**

Anhang A: Detaillierte Beschreibung des Modells **49**

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung militärisches Personal für NATO-Mitglieder des Kalten Krieges 10
Abbildung 2: Entwicklung von preisbereinigten Ausgaben sowie Personal nach Gruppen..... 12
Abbildung 3: Entwicklung Modell-Variablen im Status Quo über die Lebenszeit..... 24
Abbildung 4: Veränderung der Zeitverteilung im 25%-Szenario 26
Abbildung 5: Veränderung Humankapital und Vermögen im 25%-Szenario..... 28
Abbildung 6: Veränderung Privater Konsum nach Szenario 30
Abbildung 7: Veränderung Privater Konsum für Individuen nach Szenario 33
Abbildung 8: Anstieg Staatsausgaben für Gehälter an Wehrdienstleistende nach Szenario..... 37

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Beschreibung der Szenarien 18
Tabelle 2: Jährliche gesamtwirtschaftliche Kosten nach Szenario..... 31
Tabelle 3: Veränderung der Indikatoren für Gesamtwirtschaft nach Szenario 32
Tabelle 4: Veränderung von Indikatoren über die Lebenszeit nach Szenario 34

Executive Summary

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das sicherheitspolitische Umfeld in Europa massiv verschlechtert. Als Reaktion wird in Deutschland eine Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert. Mit einer Wehrpflicht wird die Hoffnung verbunden, die personellen Probleme bei der aktiven Truppe und der Reserve zu lösen. Es ist unbestritten, dass die Bundeswehr vor großen personellen Herausforderungen steht. Zum Beispiel sieht die militärische Planung einen Aufwuchs auf 203 Tsd. Soldatinnen und Soldaten bis zum Jahr 2031 vor. Allerdings stagniert die Bundeswehr seit zehn Jahren bei etwa 180 Tsd. Soldatinnen und Soldaten. In Umfragen spricht sich eine Mehrheit der Bevölkerung für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. Ein Entscheidungsexperiment aus dem Jahr 2023 zeigt jedoch, dass deutsche Haushalte für eine Wehrpflicht im Gegensatz zu anderen sicherheitspolitischen Maßnahmen keine bzw. sogar eine negative Zahlungsbereitschaft haben. Vor diesem Hintergrund ist es umso bedenklicher, dass die volkswirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht bisher kaum diskutiert wurden. Dieser Bericht vergleicht die volkswirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht für 5%, 25% oder 100% einer Alterskohorte mit den Kosten für eine vergleichbare aber auf Freiwilligkeit basierende Aufstockung der militärischen Personalkapazitäten über den Markt. Damit kann die Wehrpflicht unter Berücksichtigung ihrer Kosten gegenüber anderen sicherheitspolitischen Maßnahmen abgewogen werden.

Während des Kalten Krieges haben zehn der zwölf europäischen NATO-Mitglieder für ihre Streitkräfte auf Wehrpflichtige zurückgegriffen. Nach dem Ende des Kalten Krieges hielten mit Dänemark, Griechenland und Norwegen lediglich drei westeuropäische NATO-Mitglieder dauerhaft an einer Wehrpflicht fest. Die übrigen Staaten setzten die Wehrpflicht zwischen den Jahren 1994 und 2011 aus. Die Aussetzung der Wehrpflicht war kein isoliertes Ereignis. Sie erfolgte im Kontext einer sicherheitspolitischen Neuausrichtung. Es ist davon auszugehen, dass die Aussetzung der Wehrpflicht sowohl eine Folge als auch ein Mittel der Friedensdividende war. Durch die Einsparungen bei den Verteidigungsausgaben und dem damit verbundenen personellen Rückbau wurde ein immer kleinerer Anteil einer Alterskohorte eingezogen, was im Rahmen der Debatte über die Wehrgerechtigkeit ein wesentliches Argument gegen die Wehrpflicht wurde. Ebenso ermöglichte der Personalrückbau, inklusive der Aussetzung der Wehrpflicht, die Friedensdividende weiter auszuschöpfen.

Der Fokus der volkswirtschaftlichen Literatur zum Wehrdienst liegt auf den Auswirkungen auf Wehrpflichtige – insbesondere mit Blick auf spätere Arbeitsmarkt- und Bildungsentscheidungen. Trotz einer gewissen Heterogenität lassen sich aus den empirischen Studien Tendenzen ableiten. Das Ableisten eines Wehrdienstes führt oft zu negativen Lohneffekten – die Differenz in den Löhnen wird über die Zeit aber geringer. Verdienen ehemalige Wehrdienstleistende mehr als jene Personen, die nicht gedient haben, ist dies häufig durch positive Selektion bedingt, wenn sich also besonders fähige Menschen in den Wehrdienst selektieren. Der Effekt des Wehrdienstes auf Bildungsentscheidungen hängt von den Anreizen ab. Wenn Bildung einen Weg darstellt, um den

Wehrdienst zu umgehen, dann investieren mehr Menschen in höhere Bildung. Auch diese Bildungsentscheidungen können aber suboptimal sein. Die Wehrpflichtigen selbst fragen meist weniger Bildung nach.

Die Vielfalt der westlichen Wehrpflichtmodelle ist groß. Um die volkswirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht quantifizieren zu können, werden drei Szenarien festgelegt. Die Dauer des Wehrdienstes beträgt zwölf Monate und das Netto-Gehalt der Wehrpflichtigen liegt bei 1.000 Euro im Monat. Die Szenarien unterscheiden sich mit Blick auf den Anteil der aus einer Alterskohorte eingezogenen Individuen: Die Werte sind 5% (in Anlehnung an Schweden), 25% (für einen ähnlichen Umfang wie bei der alten Wehrpflicht) und 100% (gemäß eines sozialen Pflichtjahres). Die Kosten einer Wehrpflicht entstehen aus drei Quellen: (1) Die Wehrpflichtigen beginnen verspätet mit dem Aufbau von Humankapital. (2) Die Bezahlung von Wehrpflichtigen liegt unterhalb des marktüblichen Gehalts und erschwert den Vermögensaufbau. (3) Für die Bezahlung der Wehrpflichtigen sind Haushaltsmittel notwendig, die gegenfinanziert werden müssen. Wird der Wehrdienst allerdings im Rahmen einer Marktlösung (d.h. über ein adäquates Gehalt) so attraktiv gestaltet, dass keine Pflicht notwendig ist, dann entfallen die Kosten in (1) und (2), aber die Kosten in (3) steigen in Folge der höheren Gehälter.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland würde gesamtwirtschaftliche Kosten in Milliardenhöhe verursachen. Unser Modell quantifiziert den Rückgang des privaten Konsums in Folge der Wiedereinführung einer Wehrpflicht auf vier Mrd. Euro im 5%-Szenario, 20 Mrd. Euro im 25%-Szenario und 79 Mrd. Euro im 100%-Szenario. Die Kombination aus niedrigen Gehältern und der Verpflichtung für ein Jahr führt dazu, dass Wehrpflichtige nur verzögert mit Bildungsinvestitionen und dem Vermögensaufbau beginnen können. Das erklärt die drastischen Folgen. Bei einer Marktlösung mit höheren Gehältern für die Wehrdienstleistenden würde der Rückgang beim privaten Konsum mit drei Mrd. Euro im 5%-Szenario, 14 Mrd. Euro im 25%-Szenario und 56 Mrd. Euro im 100%-Szenario deutlich geringer ausfallen. Sofern also ein bestimmtes Szenario aus sicherheitspolitischen Erwägungen umgesetzt werden soll, so ist eine Marktlösung aus Effizienzgründen zu präferieren. Die Marktlösung würde jeweils erlauben, die militärischen Fähigkeiten im gleichen Maße wie bei einer Wehrpflicht günstiger zu steigern.

Die Kosten einer Wehrpflicht wären zudem nicht gleichmäßig in der Gesellschaft verteilt, sondern fielen primär bei den Wehrpflichtigen selbst an. Bei allen Modellen einer Wehrpflicht, bei der nicht jedes Individuum einer Alterskohorte eingezogen wird, gibt es Wehrpflichtige und Nicht-Wehrpflichtige. Der Wehrdienst zwingt die Wehrpflichtigen, ihre Bildungs- und Berufsplanung anzupassen. Die negativen wirtschaftliche Folgen bestehen bis zum Lebensende fort. Wehrpflichtige verzeichnen im Vergleich zu Nicht-Wehrpflichtigen über das gesamte Leben betrachtet einen stärkeren Rückgang bei Konsum (-3 pp.), Wohlfahrt (-3 pp.), Einkommen (-5 pp.), durchschnittlichem Vermögen (-11 pp.) und Vermögen bei Renteneintritt (-6 pp.). Das wirft erhebliche Zweifel

mit Blick auf die Wehrgerechtigkeit auf. Deren Grundidee ist, Lasten für staatliche Aufgaben gerecht zu verteilen. Das wäre hier nicht der Fall. Bei einer Marktlösung mit höheren Gehältern müssen hingegen alle Individuen gleichermaßen die höheren Staatsausgaben finanzieren.

Sowohl eine Wehrpflicht als auch eine vergleichbare Marktlösung erfordern, dass die Staatsausgaben steigen. In unserem Modell beschränkt sich die Steigerung der Staatsausgaben auf die Finanzierung der Gehälter von Wehrdienstleistenden. Bei einer Wehrpflicht können relativ niedrige Gehälter gezahlt werden, da die Teilnahme am Wehrdienst über die Pflicht sichergestellt ist. Für den Staat bedeuten die niedrigen Gehälter, dass der Haushalt weniger belastet wird. Aus staatlicher Sicht mag das auf den ersten Blick attraktiv wirken. Die wirtschaftlichen Verwerfungen in Folge einer Wehrpflicht sind jedoch so groß, dass aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger die Marktlösung gesamtwirtschaftlich weniger Kosten verursacht. Der in diesem Bericht modellierte Anstieg der Staatsausgaben ist nicht vollumfassend und kann als untere Grenze betrachtet werden. Zusätzlich zu den Gehaltskosten werden bei einer Wehrpflicht und bei einer Marktlösung weitere Kosten in den fünf Kategorien Auswahl, Verwaltung, Unterbringung, Ausbildung und Ausstattung der Wehrpflichtigen entstehen. Das jeweilige Ausmaß der entstehenden Kosten hängt von der konkreten Ausgestaltung der Wehrpflicht oder der Marktlösung ab und kann zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht seriös beziffert werden.

1 Ausgangslage

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das sicherheitspolitische Umfeld in Europa massiv verschlechtert. Der deutsche Bundeskanzler hat eine Zeitenwende ausgerufen und der deutsche Verteidigungsminister möchte die Bundeswehr kriegstüchtig machen. Die milliardenschwere Ukraine-Hilfe, die Stationierung einer Brigade in Litauen und das Erreichen des 2%-Ziels mit Hilfe des 100 Mrd. Euro Sondervermögens sind Ausdruck dieses Strebens. Weitere sicherheitspolitische Maßnahmen werden diskutiert. Der Blick auf das europäische Ausland verrät, dass insbesondere in Skandinavien und im Baltikum die Wehrpflicht ein zentrales Instrument der Verteidigungsplanung ist. Auch in Deutschland wird eine Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert.[1] Sicherheitspolitisch wird mit ihr die Hoffnung verbunden, die personellen Probleme der Bundeswehr zu überwinden, die gesellschaftliche Resilienz zu stärken und eine Aufwuchsfähigkeit im Kriegsfall zu ermöglichen. Es gibt aber auch Kritiker, die den sicherheitspolitischen Mehrwert für begrenzt halten (siehe z.B. Gady, 2023). Zudem wird vielfach gesellschaftspolitisch argumentiert – insbesondere, wenn es um den Vorschlag geht, die Wehrpflicht im Rahmen eines sozialen Pflichtjahres für alle zu etablieren.[2] Die volkswirtschaftlichen Folgen werden allerdings kaum diskutiert. Die Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht wurden bisher nicht quantifiziert. In diesem Bericht werden wir für verschiedene Szenarien einer Wehrpflicht die volkswirtschaftlichen Kosten berechnen. Mit einem Preisschild versehen kann die Wehrpflicht gegenüber anderen sicherheits- und gesellschaftspolitischen Projekten abgewogen werden.

Es ist unbestritten, dass die Bundeswehr vor großen personellen Herausforderungen steht. Diese bilden den Hintergrund, vor dem die Debatte über die Wehrpflicht stattfindet. Die militärische Planung der Bundeswehr sieht einen Aufwuchs auf 203 Tsd. Soldatinnen und Soldaten bis zum Jahr 2031 vor. Dieser Personalumfang sollte ursprünglich schon im Jahr 2025 erreicht werden. Allerdings stagniert die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten bei der Bundeswehr seit zehn Jahren bei Werten um 180 Tsd., so dass das Ziel mehrfach verschoben wurde (Bundestag, 2024). Aktuell sind sogar 29 Tsd. Dienstposten bei der Bundeswehr unbesetzt (Bundestag, 2024). Die Probleme bestehen entlang des gesamten Rekrutierungsprozesses. Von den 16- bis 29-Jährigen können sich nur 19% der Männer und 9% der Frauen vorstellen, als Soldat bzw. als Soldatin zur Bundeswehr zu gehen (Graf, 2024). Gab es zwischen 2016 und 2019 noch 52 bis 58 Tsd. Bewerbungen pro Jahr, waren es im Jahr 2023 nur noch 43 Tsd. Bewerbungen (Bundestag, 2020, 2024). Auf die 12,5 Tsd. Stellen für Freiwillig Wehrdienstleistende kommen etwa ebenso viele Bewerbungen (Bundestag, 2024). Zwar werden ganze drei Viertel der Bewerbenden angenommen, die

[1] Am 12. Juni hat der Verteidigungsminister Pistorius seine Pläne für einen Auswahl-Wehrdienst vorgestellt, bei dem die Anzahl der Freiwillig Wehrdienstleistenden um 5.000 Personen ansteigt (BMVg, 2024). In der Pressekonferenz hat Minister Pistorius betont, dass es sich um einen Einstieg handele und für die Zukunft nichts ausgeschlossen sei. Die Wehrbeauftragte des Bundestages Högl hat im Nachgang geäußert, dass sie eine Pflicht wie im schwedischen Modell und perspektivisch ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr weiterhin unterstütze (Stern, 2024). Es ist also davon auszugehen, dass die Debatte in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt wird.

[2] Die sicherheits- und gesellschaftspolitischen Argumente für oder gegen eine Wehrpflicht sollen nicht vertiefend diskutiert werden. Es soll auch nicht der Versuch unternommen werden, in diesem Bericht Vorschläge für die optimale Ausgestaltung einer Wehrpflicht zu präsentieren.

Zielgröße wird trotzdem deutlich verfehlt. Auch bei den Bewerbenden für die Stellen als Soldatin bzw. Soldat auf Zeit ist aufgrund der geringen Anzahl an Bewerbungen die Annahmequote mit einer bzw. einem von drei noch immer relativ hoch. Zudem brechen 26% der Aufgenommenen innerhalb der ersten sechs Monate ab und verlassen die Bundeswehr wieder (Bundestag, 2024). Es ist offenkundig, dass dieser Prozess reformbedürftig ist und die Bundeswehr als Arbeitgeber insbesondere für Frauen attraktiver werden muss. Strittig ist jedoch die Rolle der Wehrpflicht. Für die einen ist sie notwendig, um angesichts des Ausmaßes der sicherheitspolitischen Bedrohung die personellen Probleme zu lösen. Für andere würde sie den Reformdruck nehmen.

Unter einer Wehrpflicht verstehen wir die verpflichtende Heranziehung zum Wehrdienst. Von einer Marktlösung sprechen wir dagegen, wenn keine Pflicht notwendig ist, um weitere Wehrdienstleistende zu gewinnen. In einem solchen Fall ist der Wehrdienst so attraktiv, dass er freiwillig absolviert wird.

Die Kosten einer Wehrpflicht entstehen aus drei Quellen: (1) Die Wehrpflichtigen werden in der optimalen Gestaltung ihrer Berufs- und Bildungsplanung eingeschränkt und können erst mit Ende der Wehrpflicht den Aufbau von Humankapital beginnen. (2) Die Bezahlung von Wehrpflichtigen liegt unterhalb des marktüblichen Gehalts. Die Wehrpflichtigen tragen damit einen überproportionalen Anteil der Kosten dieser sicherheitspolitischen Maßnahme. Sie können weniger ansparen, was den Kapitalstock im heimischen Besitz reduziert. (3) Für die Bezahlung der Wehrpflichtigen sind Haushaltsmittel notwendig. Sofern nicht an anderer Stelle gespart wird, sind diese Mittel auf kurz oder lang über höhere Steuern zu finanzieren. Wird der Wehrdienst allerdings im Rahmen einer Marktlösung z.B. über ein adäquates Gehalt so attraktiv gestaltet, dass keine Pflicht notwendig ist, dann entfallen die Kosten in (1) und (2), aber die Kosten in (3) steigen. Das Besondere einer Wehrpflicht ist, dass die Kosten im Rahmen von (1) und (2) primär bei den Wehrpflichtigen selbst anfallen. Das mag erklären, warum die Unterstützung für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht nach Alterskohorten bzw. nach Betroffenheit schwankt. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht für deutsche Männer wäre über ein einfaches Gesetz möglich. Die Wehrpflicht ist weiterhin im Grundgesetz verankert und ist nur ausgesetzt. Alle umfassenderen Veränderungen wie die Ausweitung auf Frauen oder die Einführung eines sozialen Pflichtjahres würden eine Grundgesetzänderung verlangen. Die volkswirtschaftlichen Mechanismen blieben aber die Gleichen.

In Umfragen spricht sich eine Mehrheit der Bevölkerung – mit Ausnahme der direkt betroffenen jüngeren Alterskohorten – für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. In einer repräsentativen Befragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) unterstützten 50% bzw. 52% in 2022 und 2023 eine Wehrpflicht im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht (Graf, 2024). Der NDR und MDR haben zudem nicht-repräsentativ 45 Tsd. Personen Anfang 2024 befragt (Sorgenfrey, 2024; Siebenhaar, 2024). Davon befürworten 66% bzw. 61% eine Rückkehr zur Wehrpflicht. Die Unterstützung für ein soziales Pflichtjahr fällt noch höher aus. Allerdings zeigt ein Entscheidungsexperiment von Anfang 2023, warum es so wichtig

ist, die volkswirtschaftlichen Kosten der Wehrpflicht zu beziffern. Im Experiment wird die Zahlungsbereitschaft von deutschen Haushalten für verteidigungspolitische Maßnahmen extrahiert (Lohse et al., 2023). Für eine Erhöhung der Truppenstärke der Bundeswehr um 25% oder 50% sind die Haushalte bereit, durchschnittlich etwa 75 Euro pro Jahr zu bezahlen. Das ergibt eine aggregierte Zahlungsbereitschaft von 3 Mrd. Euro. Zudem sind die Deutschen bereit, für eine europäische Armee eine ähnliche Summe und für einen Raketenschutzschirm sogar das Doppelte zu bezahlen. Im Kontrast dazu ist die aggregierte Zahlungsbereitschaft für eine Wehrpflicht negativ. Durchschnittlich wäre jeder Haushalt bereit, etwa 50 Euro pro Jahr zu bezahlen, damit die Wehrpflicht nicht kommt. Diese Ablehnung wird von Anhängerinnen und Anhängern linker Parteien (SPD, Grüne und Linke) getrieben, aber auch bei den übrigen Haushalten besteht praktisch keine Bereitschaft, für eine Wehrpflicht zu bezahlen. Die unterschiedlichen Ergebnisse der klassischen Umfragen und des Entscheidungsexperiments könnten daraus resultieren, dass die Wehrpflicht als kostengünstig wahrgenommen wird oder Kosten kaum Einfluss auf die Meinungsbildung haben. In beiden Fällen ist es für den öffentlichen Diskurs förderlich, die Wehrpflicht mit einem Preisschild zu versehen.

Der vorliegende Bericht ist in sieben Kapitel strukturiert. Das Kapitel 2 führt über einen Rückblick auf die Aussetzung der Wehrpflicht nach dem Ende des Kalten Krieges in das Thema ein. Dabei wird die Entwicklung der Verteidigungsausgaben der westeuropäischen NATO-Mitglieder zwischen 1991 und 2021 unter Berücksichtigung des jeweiligen Umgangs mit der Wehrpflicht verglichen. In Kapitel 3 wird die empirische Forschung zu den volkswirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht vorgestellt. Der Fokus liegt auf den Differenzen bei Einkommen und Bildung zwischen Wehrpflichtigen und Nicht-Wehrpflichtigen. Das Kapitel 4 greift mögliche Formen einer deutschen Wehrpflicht auf und führt sie in drei Szenarien über. Zudem wird als Alternative zur Wehrpflicht eine Marktlösung präsentiert, die sicherheitspolitisch vergleichbar ist, aber auf Marktmechanismen statt Pflicht setzt. Darauf aufbauend wird im Kapitel 5 unser Modell vorgestellt, mit dem die gesamtwirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht mit Blick auf Wirtschaftsleistung, Wohlfahrt, Konsum, Investitionen, Kapital und Steuern quantifiziert werden können. Das findet relativ zum Status Quo und zu einer vergleichbaren Marktlösung statt. Zudem kann das Modell quantifizieren, welche Kosten für Wehrpflichtige selbst gegenüber Nicht-Wehrpflichtigen entstehen. Im Kapitel 6 werden die direkten Kosten der Wiedereinführung einer Wehrpflicht für den Staatshaushalt thematisiert. Dabei werden die mit dem Modell berechneten Gehaltskosten um eine Auflistung weiterer Bereiche ergänzt, in denen zusätzliche Kosten entstehen können. Zum Abschluss werden die Ergebnisse im Kapitel 7 zusammengeführt und Schlussfolgerungen gezogen.

2 Aussetzung der Wehrpflicht in Europa

Während des Kalten Krieges haben zehn der zwölf europäischen NATO-Mitglieder für ihre Streitkräfte auf Wehrpflichtige zurückgegriffen.[3] Das war notwendig angesichts der sowjetischen Überzahl bei Truppen und Gerät auf dem europäischen Kontinent. Die beiden Ausnahmen ohne eine Wehrpflicht waren das Vereinigte Königreich mit seiner Insellage und das militärisch schon damals kaum engagierte Luxemburg. Im Jahr 1989 sind die europäischen NATO-Mitglieder gemeinsam auf 2,3 Mio. Soldatinnen und Soldaten inklusive einer Mio. Wehrpflichtiger gekommen (siehe Abb. 1). Dabei spielten die Wehrpflichtigen auch nach dem aktiven Dienst eine zentrale Rolle bei der Verteidigung Europas. Sie ermöglichten die Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte. Zum Beispiel war für Deutschland vorgesehen, dass neben den 500 Tsd. Soldatinnen und Soldaten (davon 225 Tsd. Wehrpflichtige) zusätzlich 800 Tsd. Reservisten im Kriegsfall mobilisiert würden (Bundestag, 2018). Damit war die Wehrpflicht essentiell für die Verteidigung gegen einen möglichen Angriff der Sowjetunion bzw. des Warschauer Pakts. Mit dem Ende des Kalten Krieges hellte sich die sicherheitspolitische Lage in Europa auf. Im Osten traten 1999 und 2004 zehn neue Staaten der NATO bei. Die westeuropäischen NATO-Mitglieder waren fortan von Freunden umzingelt. Entsprechend fiel die Anzahl der Wehrpflichtigen bereits zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges auf die Hälfte. Weniger als zwanzig Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges betrug dann auch die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten nur noch die Hälfte. In Deutschland war bereits Anfang der 00er-Jahre dieser Punkt erreicht. Auch die Vereinigten Staaten und Russland reduzierten nach dem Ende des Kalten Krieges ihre Streitkräfte – aber in einem deutlich geringeren Umfang als die Europäer (Dorn et. al, 2022).

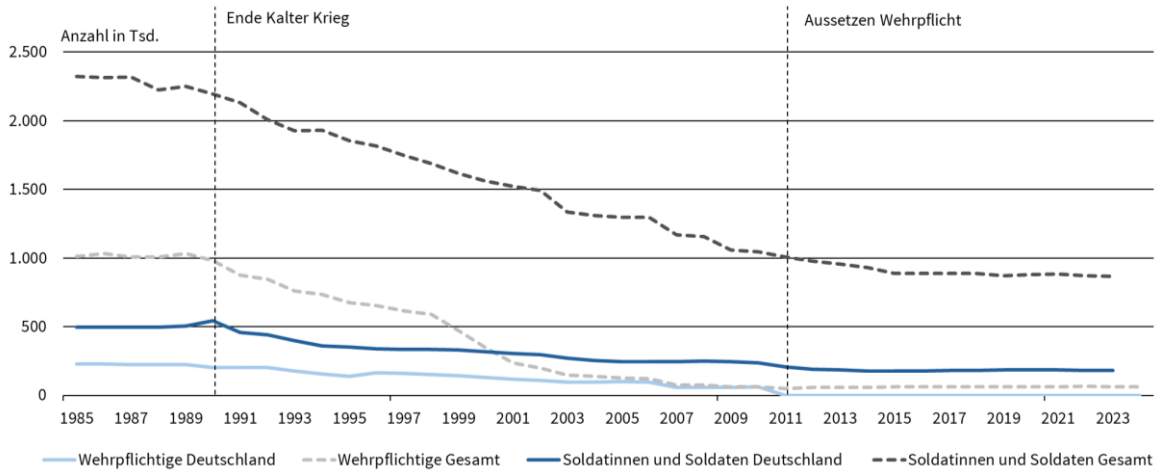
Mit der Professionalisierung der europäischen Streitkräfte und ihres personellen Rückbaus im Rahmen der Neuausrichtung auf internationale Einsätze sank der Bedarf an Wehrpflichtigen. In den Jahren 1994 und 1997 setzten Belgien und die Niederlande die Wehrpflicht aus. In den nächsten zehn Jahren folgten Frankreich, Spanien, Portugal und Italien.[4] In all diesen Staaten wurde die Anzahl der Wehrpflichtigen bereits vor dem offiziellen Ende schleichend zurückgefahren. Im Jahr 2011 war Deutschland vorerst der letzte europäische Staat, der die Wehrpflicht aussetzte. Zu diesem Zeitpunkt leisteten nur noch 60 Tsd. Wehrpflichtige ihren Dienst ab (siehe Abb. 1). Zuvor war die Anzahl der Wehrpflichtigen in Folge von weit gefassten Ausnahmeregelungen und strengen Tauglichkeitskriterien kontinuierlich zurückgegangen. Außerdem wurde auch die Länge des Wehrdienstes in Deutschland reduziert. Betrug die Dauer im Jahr 1990 noch 15 Monate, sank sie im Anschluss erst auf zwölf dann auf zehn und neun Monate ab und wurde im Jahr der Aussetzung auf sechs Monate reduziert. Mit Dänemark, Griechenland und Norwegen halten

[3] Da Island keine Armee hat, wird es bei der Analyse nicht betrachtet.

[4] Basierend auf Informationen des Europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerer (2024) wurde die Wehrpflicht jeweils ausgesetzt und nicht abgeschafft. Die nationalen rechtlichen Regelungen sollen aber nicht im Fokus dieses Berichts stehen.

lediglich drei westeuropäische NATO-Mitglieder dauerhaft an der Wehrpflicht fest.[5] Aber auch in diesen drei Staaten ist die Anzahl der Wehrpflichtigen heute nur etwa halb so groß wie im Kalten Krieg. Insgesamt wird in Abbildung 1 deutlich, dass die Aussetzung der Wehrpflicht in europäischen Staaten kein isoliertes Ereignis war. Sie erfolgte parallel zur Reduktion der regulären Soldatinnen und Soldaten im Kontext einer sicherheitspolitischen Neuausrichtung. Folglich wäre es methodisch unsauber, rund um den Zeitpunkt der jeweiligen Aussetzung die Verteidigungsausgaben auf Veränderungen in ihrer Höhe und Zusammensetzung zu untersuchen und daraus Rückschlüsse auf die Kosten bzw. Einsparungen durch die Aussetzung der Wehrpflicht zu ziehen. Das gilt insbesondere, weil jeweils die Anzahl der Wehrpflichtigen schon deutlich vor der letztendlichen Aussetzung stark zurückgegangen ist.

Abbildung 1: Entwicklung militärisches Personal für NATO-Mitglieder des Kalten Krieges



Quelle: NATO (2024); IISS (2024); Dänisches Verteidigungsministerium (2024); eigene Berechnungen.
Anmerkung: Soldatinnen und Soldaten inkludieren auch die Wehrpflichtigen. Die Wehrpflichtigen für das Jahr 1997 werden als Durchschnitt der Werte von 1996 und 1998 angegeben. Im Jahr 2011 wurde die Wehrpflicht in Deutschland ausgesetzt.

Statt also die Zeitreihen einzelner Staaten zu untersuchen, wollen wir Unterschiede in der zwischenstaatlichen Entwicklung herausarbeiten. Dafür teilen wir die europäischen NATO-Mitglieder aus dem Kalten Krieg in vier Gruppen ein. In der ersten Gruppe sind jene drei Staaten, die an der Wehrpflicht festgehalten haben. Die zweite Gruppe setzt sich aus den beiden Staaten zusammen, die bereits zum Ende des Kalten Krieges keine Wehrpflicht mehr hatten. In der dritten Gruppe befinden sich jene fünf Staaten, die ab dem Jahr 1991 die Wehrpflicht ausgesetzt haben. Für Frankreich liegen keine ausreichenden Daten vor. Deutschland bildet allein die vierte Gruppe.

[5] In Dänemark haben sich seit dem Jahr 2011 mindestens 95% der Wehrdienstleistenden jedes Jahr freiwillig gemeldet (Dänisches Verteidigungsministerium, 2024). In den Jahren 2022 und 2023 waren es sogar 100%. Die Pflicht besteht allerdings weiter. Sofern sich nicht ausreichend Freiwillig Wehrdienstleistende finden, werden wie in den Jahren vor 2011 Individuen zum Wehrdienst verpflichtet.

Innerhalb der Gruppen werden Staaten nach ihrem Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 1991 gewichtet. Die Analyse umfasst den Zeitraum von 1991 bis 2021.[6] In diesem Zeitraum wurde die Wehrpflicht in der dritten Gruppe sowie in Deutschland ausgesetzt. Der Vergleich mit den anderen beiden Gruppen kann Rückschlüsse erlauben, in welchem Kontext das stattgefunden hat und ob es außergewöhnliche Veränderungen gab. Aber auch hier ist zu betonen, dass es sich nicht um eine *kausale* Analyse der Auswirkungen einer Aussetzung der Wehrpflicht auf Ausgaben handelt. Die Entscheidung zur Aussetzung einer Wehrpflicht wurde von Regierungen bewusst und simultan mit anderen Veränderungen bei den Streitkräften getroffen. Zudem fiel auch die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten (sowie der Wehrpflichtigen) in den beiden Vergleichsgruppen. Mit der grafischen Darstellung in Abbildung 2 soll ein Gefühl für die Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges vermittelt werden, das es erlaubt, die heutige Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht besser zu erfassen.

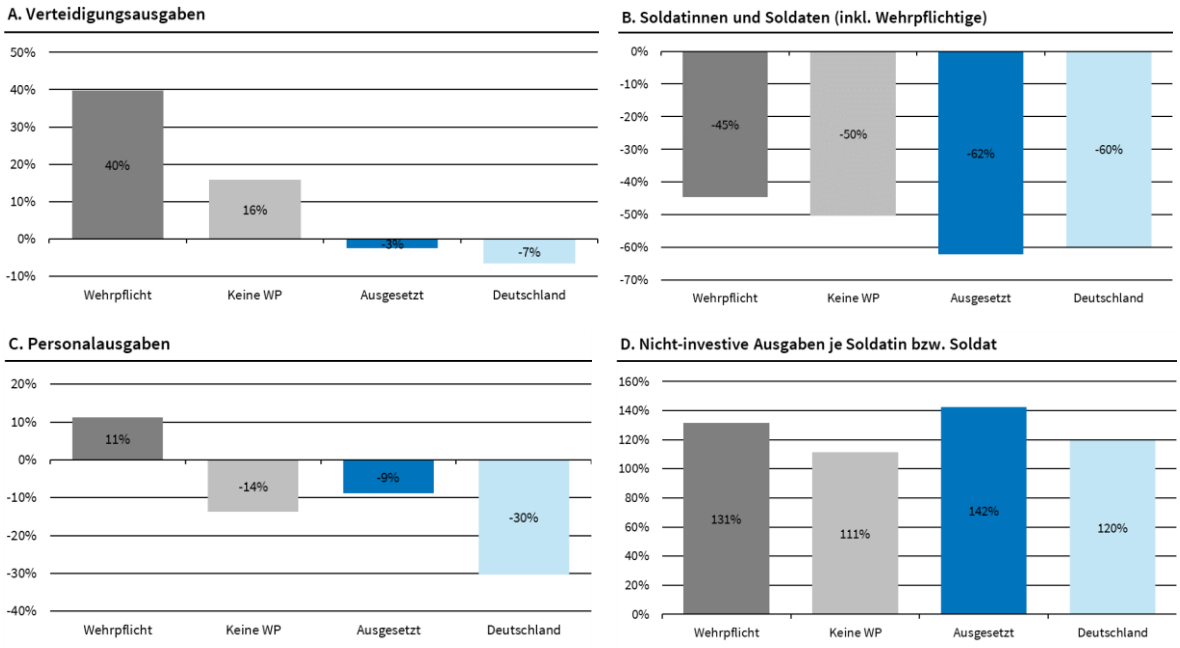
In Staaten mit einer ausgesetzten Wehrpflicht sowie Deutschland sanken die preisbereinigten Verteidigungsausgaben nach dem Ende des Kalten Krieges, während sie in den beiden anderen Gruppen stiegen (siehe Abb. 2A). Auf den ersten Blick wirken die in Deutschland erzielten Einsparungen von 7% angesichts der hohen Ausgaben während des Kalten Krieges gering. Es ist jedoch zu beachten, dass die Verteidigungsausgaben innerhalb der NATO nicht nur mit der Inflation, sondern auch mit der Wirtschaftsleistung steigen sollen – zumindest, wenn sie nicht weit über dem 2%-Ziel liegen. Gegenüber diesem Wert als Maßstab haben viele europäische Staaten zwischen 1991 und 2023 eine hohe Friedensdividende erzielt (Dorn et al., 2024).[7] Es ist davon auszugehen, dass die Aussetzungen der Wehrpflicht ab dem Jahr 1991 sowohl eine Folge als auch ein Mittel der Friedensdividende waren. Die einzigen beiden europäischen Staaten mit Verteidigungsausgaben von dauerhaft mehr als zwei Prozent der Wirtschaftsleistung waren entweder schon während des Kalten Krieges von der Wehrpflicht abgerückt (Vereinigtes Königreich) oder halten auch heute noch an ihr fest (Griechenland). In allen Gruppen ist die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten ab dem Jahr 1991 stark zurückgegangen (siehe Abb. 2B). Die höchsten Rückgänge mit etwa 60% verzeichneten jedoch jene Staaten, die wie Deutschland die Wehrpflicht aussetzten. In der Folge wurde ein immer kleinerer Anteil einer Alterskohorte eingezogen, was im Rahmen der Debatte über Wehrgerechtigkeit ein wesentliches Argument gegen die Wehrpflicht wurde. Gleichzeitig ermöglichte der Personalrückbau inkl. der Aussetzung der Wehrpflicht, die Friedensdividende weiter auszuschöpfen. Mit Ausnahme der Staaten, die an der Wehrpflicht festgehalten haben, wurde bei den preisbereinigten Personalausgaben gespart (siehe Abb. 2C).

[6] Bei einem früheren Startpunkt würde die Eingliederung der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr unmittelbar erfasst werden und bei einem späteren Endpunkt würden die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine inkludiert werden.

[7] Das 2%-Ziel wurde erst im Jahr 2006 innerhalb der NATO vereinbart und in den Jahren 2014 und 2023 öffentlich erneuert (NATO, 2024). In Dorn et al. (2024) werden die Jahre 1991 bis 2005 so behandelt, als hätte das 2%-Ziel zu dem Zeitpunkt bereits bestanden.

Trotz der unterschiedlichen Entwicklungen bei Ausgaben und Personal sind die nicht-investiven Ausgaben je Soldatin bzw. Soldat in allen Gruppen ähnlich stark gestiegen (siehe Abb. 2D).[8] Zwischen den Jahren 1991 und 2021 sind die Ausgaben je Soldatin bzw. Soldat preisbereinigt in allen Gruppen um mindestens 110% und damit sehr beachtlich angestiegen. Das reflektiert verschiedene Entwicklungen wie das allgemein gestiegene Lohnniveau, die höhere Kapitalintensität von Streitkräften (höhere Materialerhaltung) und Auslandsmissionen. Zudem entsteht der Effekt mechanisch, wenn bestimmte Fixkosten (z.B. Renten) auf weniger Soldatinnen und Soldaten aufgeteilt werden können oder wenn der Ministerial- und Verwaltungsapparat nicht im gleichen Maße wie die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten zurückgebaut wird. Beachtlich ist jedoch, dass unabhängig vom gewählten Modell (Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee) das Ausmaß dieses Anstiegs zwischen den Gruppen relativ ähnlich ist. A priori hätte man vermuten können, dass die Ausgaben je Soldatin bzw. Soldat dort besonders stark steigen, wo die günstigen Wehrpflichtigen wegfallen. Dass dies nicht der Fall ist, könnte darin begründet liegen, dass Wehrpflichtige zwar niedrige Lohnkosten haben, aber dafür an anderen Stellen zusätzliche Kosten für Verwaltung, Unterbringung und Ausbildung verursachen.

Abbildung 2: Entwicklung von preisbereinigten Ausgaben sowie Personal nach Gruppen (1991-2021)



Quelle: NATO (2024); IWF (2024); eigene Berechnungen.
Anmerkung: Die Analyse inkludiert die europäischen NATO-Mitglieder aus der Zeit des Kalten Krieges. Die Gruppen sind nach dem BIP im Jahr 1991 gewichtet (Gewichte in Klammern). Die Gruppe „Wehrpflicht“ hat die Wehrpflicht fortgeführt: Dänemark (38%), Norwegen (33%) und Griechenland (29%). Die Gruppe „Keine WP“ hat bereits zum Ende des Kalten Krieges keine Wehrpflicht gehabt: Vereinigtes Königreich (99%) und Luxemburg (1%). Die Gruppe „Ausgesetzt“ hat die Wehrpflicht nach dem Kalten Krieg ausgesetzt: Italien (51%), Spanien (24%), Niederlande (14%), Belgien (8%) und Portugal (4%). Deutschland wird als eigene Gruppe ausgewiesen. Für Frankreich liegen die Daten nicht im ausreichenden Detailgrad vor. Nicht-investive Ausgaben in D sind ohne Ausgaben für Investitionen in militärisches Gerät und Infrastruktur gemäß der NATO-Definition.

[8] Die nicht-investiven Ausgaben exkludieren Investitionen in militärisches Gerät und Infrastruktur gemäß der NATO-Definition.

3 Empirische Forschung zu den ökonomischen Effekten eines Wehrdienstes

Ökonominnen und Ökonomen beschäftigen sich seit mehr als drei Jahrzehnten empirisch mit einer Wehrpflicht.[9] Der Fokus der wissenschaftlichen Literatur liegt auf den Auswirkungen des Wehrdienstes auf die verpflichteten Individuen – insbesondere mit Blick auf spätere Arbeitsmarkt- und Bildungsentscheidungen. Zudem haben einzelne Studien die gesamtwirtschaftlichen Effekte betrachtet. Eine Herausforderung für die Forschung besteht darin, *kausale* Effekte zu identifizieren. Selbst bei einer Wehrpflicht selektieren sich bestimmte Individuen in den Wehrdienst und andere versuchen, dem Wehrdienst zu entgehen. Wehrdienstleistende unterscheiden sich also von jenen, die keinen Wehrdienst leisten. Ein naiver Vergleich der beiden Gruppen liefert daher keine schlüssigen Erkenntnisse über die Effekte des Wehrdienstes. Aus diesem Grund verwendet die ökonomische Literatur oft quasi-natürliche Experimente, die es erlauben, Zufälligkeiten in der Wehrpflicht für Individuen in einem bestimmten Kontext auszunutzen. Im Folgenden wird ein Überblick über die empirische Evidenz zu den Folgen eines Wehrdienstes gegeben.

3.1 Auswirkungen auf Individuen

Arbeitsmarkteffekte: Kausale Evidenz zu Lohn- und Arbeitsmarkteffekten der Wehrpflicht kommt unter anderem aus den Vereinigten Staaten. Die Autoren mehrerer Studien nutzen die Zufälligkeit einer Wehrpflicht aufgrund einer Lotterie im Zweiten Weltkrieg und im Vietnamkrieg aus. Das Los entschied, ob jemand den Wehrdienst leisten musste. Diese Randomisierung sorgte dafür, dass sich Wehrpflichtige ex-ante, d.h. vor Start des Wehrdiensts, nicht systematisch von den Nicht-Wehrpflichtigen unterschieden. Die Ergebnisse zeigen, dass Vietnam-Veteranen in den frühen 80er-Jahren bis zu 15% niedrigere Gehälter als vergleichbare Nicht-Veteranen aufweisen (Angrist, 1990). Neue Studien zeigen aber, dass diese Unterschiede über die Zeit abnehmen und 30 Jahre nach dem Kriegseinsatz sogar komplett verschwinden (Angrist & Chen, 2011; Angrist et al., 2011). Die amerikanischen Veteranen des Zweiten Weltkrieges verdeutlichen, dass ein naiver Vergleich von Wehrpflichtigen zu Nicht-Wehrpflichtigen zu fehlerhaften Aussagen führt: Auf dem ersten Blick verdienen Veteranen mehr als Nicht-Veteranen. Dies liegt aber fast ausschließlich an Selektionseffekten: Männer mit höherem Lohnpotential hatten sich in den Wehrdienst selektiert. Kontrolliert man für diese Selektionseffekte, gibt es keine Evidenz, dass der Wehrdienst zu höheren Gehältern führt (Angrist & Krueger, 1994).

Die vorgenannten Studien untersuchen den Einsatz von Wehrpflichtigen in Kriegen – diese können aber oft direkte und indirekte gesundheitliche Folgen haben. Ergebnisse aus den Niederlanden zeigen, dass auch ein Wehrdienst in Friedenszeiten zu niedrigeren Gehältern führen kann:

[9] Die Überlegungen der berühmten Ökonomen Adam Smith (1776) und Milton Friedman (1974) zur Wehrpflicht liegen sogar fast 250 Jahre bzw. 50 Jahre zurück.

Ehemalige Wehrpflichtige verdienen etwa zehn Jahre nach ihrem Wehrdienst im Durchschnitt fünf Prozent weniger als Männer in derselben Geburtskohorte, die aufgrund von exogener Variation nicht beim Militär gedient haben (Imbens & Klaauw, 1995). Ergebnisse für eine Wehrdienst-Lotterie in Dänemark bestätigen die negativen Lohneffekte. Diese sind insbesondere für Männer mit hohem Lohnpotential ausgeprägt und können bis zu 23.000 Dollar an Lebenseinkommen betragen. Für Männer mit niedrigerem Lohnpotential sind keine negativen Effekte des Wehrdienstes zu finden (Bingley et al., 2020). Der heterogene Effekt deckt sich mit Ergebnissen aus Portugal: Dort konnten Männer mit niedriger Bildung durch den Wehrdienst ihr anschließendes Einkommen sogar erhöhen, während keine (oder negative) Effekte für höhergebildete Männer nachgewiesen werden (Card & Cardoso, 2012).

Für Deutschland gibt es eine Studie zu der Anfangszeit der Bundesrepublik. Vor dem 1. Juli 1937 geborene Männer wurden von der Wehrpflicht bei der Bundeswehr freigestellt. Die Studie vergleicht Männer, die kurz nach diesem Stichtag geboren wurden (und daher einen Wehrdienst ableisten mussten), mit denen, die kurz vor dem Stichtag geboren wurden. Auch diese Studie zeigt, dass höhere Gehälter von ehemaligen Wehrdienstleistenden von Selektionseffekten getrieben sind. Werden Selektionseffekte berücksichtigt, kann kein positiver Effekt des Wehrdienstes auf Gehälter gefunden werden (Bauer et al., 2012). Zu gleichen Ergebnissen kommt eine Studie zu den Wehrpflichtigen in den Nachkriegsjahren in Großbritannien (Grenet et al., 2011).

Bildungseffekte: Bildungsentscheidungen von Individuen sind ein entscheidender Mechanismus, durch den die Ableistung eines Wehrdienstes das spätere Einkommen beeinflussen kann. Zum Beispiel kann ein Wehrdienst verhindern, dass ein fließender Übergang zwischen schulischer Ausbildung und einem Studium besteht. Für OECD-Länder deuten Ergebnisse daraufhin, dass die Existenz eines Wehrdienstes zu einem niedrigeren Anteil von Universitätsstudierenden führt (Keller et al., 2010).

Aus theoretischer Sicht ist die Wehrpflicht eine Form von intergenerationeller Umverteilung: Statt Steuern für alle zu erhöhen und damit professionelle Soldatinnen und Soldaten bzw. Freiwillig Wehrdienstleistende zu bezahlen, wird die junge Generation für ein Jahr zu einem Pflichtdienst mit einer geringen Bezahlung verpflichtet. Diese Belastung der jungen Generation verzerrt ihre Humankapitalbildung (Poutvaara & Wagener, 2007). Verzerrungen von Bildungsentscheidungen sind häufig die Haupterklärungen von negativen Lohneffekten des Wehrdienstes und betreffen insbesondere leistungsstarke Menschen (Bingley et al., 2020). So hat zum Beispiel die Wehrpflicht in den Niederlanden den Anteil der niederländischen Hochschulabsolventen um 1,5 Prozentpunkte verringert. Die Wahrscheinlichkeit für den Erwerb eines Hochschulabschlusses ist um fast vier Prozentpunkte gefallen. Dies sorgte für einen negativen Einkommenseffekt von drei bis vier Prozent für betroffene Individuen (Hubers & Webbink, 2015). Auch für Italien gibt es kausal identifizierte Befunde, die zeigen, dass ehemalige Wehrpflichtige weniger Bildung nachfragen (Cipollone & Rosolia, 2007). Der Wehrdienst kann aber auch eine bereichernde Erfahrung sein, welche die nicht-kognitiven Fähigkeiten von Wehrdienstleistenden aufbaut. Diese kann sogar zu

einer Steigerung von akademischen Leistungen nach dem Wehrdienst führe. Solche Effekte wurden für Wehrdienstleistende in Zypern nachgewiesen (Savcic et al., 2023).

Zudem kann es im Falle einer Wehrpflicht auch Anreize zu einer höheren Humankapitalbildung geben. Für Deutschland – basierend auf der gleichen Methode wie in Bauer et al. (2012) – hat die Einführung der Wehrpflicht für die Kohorten nach dem Zweiten Weltkrieg die Nachfrage nach postsekundären Investitionen in Humankapital erhöht. Allerdings war die Immatrikulation in einer Bildungseinrichtung eine wirksame Methode, um dem Wehrdienst zu entgehen (Bauer et al., 2014). Höhere Bildung, um den Wehrdienst zu vermeiden, wurde auch für andere Länder nachgewiesen, so z.B. in den Vereinigte Staaten, Frankreich und der Türkei. Wenn Kohorten durch Bildung dem Wehrdienst entgehen konnten, verfügen sie oft über ein höheres Bildungsniveau (Card & Lemieux, 2001). Fällt durch die Abschaffung der Wehrpflicht dieser Anreiz weg, so sinkt das Bildungsniveau der Kohorten wieder (Torun & Tumen, 2016; Maurin & Xenogiani, 2007). Festzuhalten ist, dass die höhere Bildung keinen direkten Effekt der Wehrpflicht darstellt, sondern viel eher dadurch bedingt ist, der Wehrpflicht mit Einschreibung in eine postsekundäre Bildungseinrichtung zu entgehen. Auch in solchen Fällen ist es daher fraglich, ob die Bildungsentscheidungen optimal getroffen werden.

Kriminalität: Einzelne Studien betrachteten zudem die Effekte des Wehrdienstes auf Kriminalität. Für Schweden wird gezeigt, dass der Wehrdienst die Kriminalität von ehemaligen Wehrdienstleistenden signifikant erhöht hat. Diese Effekte werden insbesondere von jungen Männern aus Haushalten mit niedrigem sozioökonomischem Status getrieben und durch negative Peer-Effekte während des Wehrdienstes erklärt (Hjalmarsson & Lindquist, 2019). Weniger Evidenz für einen kausalen Effekt des Wehrdienstes auf Kriminalität findet sich dagegen für Dänemark (Bingley et al., 2020).

3.2 Gesamtwirtschaftliche Effekte

Deutlich weniger Literatur gibt es zu den gesamtwirtschaftlichen Effekten einer Wehrpflicht. Dies liegt insbesondere daran, dass die Identifizierung von kausalen Effekten äußerst schwierig ist, wenn keine Daten auf individueller Ebene verwendet werden können. Mit Hilfe theoretischer Modelle lassen sich aber Vorhersagen ableiten. Dynamische Gleichgewichtsmodelle mit Humankapitalakkumulation können verwendet werden, um die wirtschaftlichen Folgen von einer Wehrpflicht zu bewerten. Im Zentrum dieser Überlegungen steht insbesondere, inwieweit eine Mehrbelastung entsteht, wenn der Staat zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben für Verteidigung auf eine Wehrpflicht statt auf eine höhere Einkommensbesteuerung zurückgreift. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine Abschaffung der Wehrpflicht beträchtliche dynamische Gewinne bringen kann, sowohl in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt als auch auf den Lebenszeitnutzen von Individuen (Lau et al., 2004). Empirisch zeigen sich Muster, die diese theoretischen Vorhersagen bestätigen: OECD-Länder mit einer Wehrpflicht weisen im Vergleich zu anderen OECD-Ländern mit Berufsarmeen im Zeitraum von 1960 bis 2000 niedrigere Wachstumsraten auf (Keller et

al., 2009). Aufgrund der Wiedervereinigung wurde Deutschland bei dieser Studie aber nicht berücksichtigt.

3.3 Zwischenfazit zur empirischen Forschung

Auch wenn die gefundenen Ergebnisse in der Literatur nicht immer einheitlich sind, so lassen sich doch gewisse Tendenzen aus den Studien ableiten. Das Ableisten eines Wehrdienstes führt oft zu negativen Lohneffekten – die Differenz in den Gehältern wird über die Zeit aber geringer. Verdienen ehemalige Wehrdienstleistende mehr als jene Personen, die nicht gedient haben, ist dies oft durch positive Selektion bedingt, wenn sich also besonders fähige Menschen in den Wehrdienst selektieren. Der Effekt des Wehrdienstes auf Bildungsentscheidungen hängt von den Anreizen ab. Wenn Bildung einen Weg darstellt, um den Wehrdienst zu umgehen, dann investieren mehr Menschen in höhere Bildung. Auch diese Bildungsentscheidungen können aber suboptimal sein. Die Wehrpflichtigen selbst fragen meist weniger Bildung nach. Dies kann oft die negativen Lohneffekte erklären. Forschung zu den gesamtwirtschaftlichen Effekten ist deutlich rarer. Die Ergebnisse der bestehenden Literatur zeigen aber, dass negative Effekte einer Wehrpflicht anzunehmen sind.

Zu berücksichtigen ist, dass es Unterschiede in den untersuchten Szenarien gibt. So betrachten manche Studien die Folgen eines Wehrdienstes in Zeiten von militärischem Konflikt, während andere Studien die Effekte in Friedenszeiten betrachten. Zudem unterscheiden sich institutionelle Faktoren zwischen den untersuchten Ländern. Einige der betrachteten Kohorten liegen viele Dekaden zurück. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit einer möglichst passgenauen Analyse, um evidenzbasierte Aussagen für die volkswirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht in Deutschland im Jahr 2024 treffen zu können. Aus diesem Grund werden in Kapitel 4 konkrete Szenarien für Deutschland entwickelt und deren volkswirtschaftlichen Kosten in Kapitel 5 berechnet.

4 Szenarien für eine Wehrpflicht

4.1 Parameter einer Wehrpflicht

Die Vielfalt der westlichen Wehrpflichtmodelle ist groß. Entsprechend umfassend ist auch der Raum, in dem in Deutschland über die Ausgestaltung einer möglichen Wehrpflicht diskutiert wird. Um jedoch die volkswirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht quantifizieren zu können, müssen die vielfältigen Ideen in feste Szenarien überführt werden. Dabei gibt es drei zentrale Parameter: (1) die Dauer des Wehrdienstes, (2) die Bezahlung der Wehrpflichtigen und (3) der Anteil der Eingezogenen einer Alterskohorte. Die volkswirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht entstehen dadurch, dass Wehrpflichtige zum Dienst verpflichtet werden und diese Zeit nicht zum Erwerb von Bildungsqualifikationen nutzen können. Außerdem erhalten Wehrpflichtige traditionell eine geringere Entlohnung als sie auf dem zivilen Arbeitsmarkt erzielen würden. Das niedrige Gehalt macht aus staatlicher Perspektive einen Teil der Attraktivität der Wehrpflicht aus. Für die betroffenen Individuen stellt es aber eine Einkommenseinbuße dar und verzögert den Aufbau von Vermögen. Zudem steigen die volkswirtschaftlichen Kosten, wenn mehr Individuen von der Wehrpflicht betroffen sind. Der Anteil der Wehrpflichtigen kann zwischen den Extremfällen von 0% einer Kohorte (d.h. keine Wehrpflicht) bis zu 100% einer Kohorte (d.h. allgemeine Dienstpflicht) schwanken. Der Ausgangspunkt unserer Analyse ist der deutsche Status Quo ohne eine Wehrpflicht.

Die Dauer der Wehrpflicht wird in unserer Analyse auf *zwölf Monate* festgesetzt. In diesem Zeitraum könnten die Wehrdienstleistenden nicht nur eine militärische Grundausbildung abschließen, sondern auch spezialisiertere Fähigkeiten erwerben.[10] Als Netto-Gehalt der Wehrpflichtigen nehmen wir *1.000 Euro im Monat* an. Das inkludiert neben dem Wehrsold und einer Abschluss-Prämie auch geldwerte Vorteile für Verpflegung und Unterbringung.[11] Für die Ermittlung der volkswirtschaftlichen Kosten ist es relevant, wie sich das Gehalt der Wehrpflichtigen von jenem auf dem zivilen Arbeitsmarkt zu erzielenden Gehalt unterscheidet. Das Durchschnittsgehalt der

[10] Zum Vergleich: Die längste Wehrpflicht der Bundeswehr bestand mit 18 Monaten in der Hochphase des Kalten Krieges und die kürzeste Wehrpflicht mit 6 Monaten bestand kurz vor ihrer Aussetzung im Jahr 2011.

[11] Die Basis für die Berechnung bilden die Werte aus dem Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetz aus dem Jahr 2015 (Bundesgesetzblatt, 2015). Der tägliche Wehrsold war nach dem Dienstgrad mit 11,41 Euro für Schützen, 12,18 Euro für Gefreite und 12,95 Euro für Obergefreite festgesetzt. Das durchschnittliche Gehalt für einen Wehrpflichtigen über ein Jahr beträgt 12,37 Euro pro Tag, sofern eine Beförderung entsprechend der Mindeststehzeiten aus der Soldatenlaufbahnverordnung erfolgt. Ein Wehrpflichtiger würde dann drei Monate im Dienstgrad Schütze, drei Monate als Gefreiter und sechs Monate als Obergefreiter Dienst leisten (BMJ, 2023). Der monatliche Wehrsold von 376 Euro ist um den Faktor 1,29 zu erhöhen, um die Preissteigerungen zwischen 2015 und 2024 auszugleichen (IWF, 2024). Zum preisbereinigten Wehrsold von 485 Euro ist das Entlassungsgeld von 100 Euro pro Monat zu addieren, dass in dieser Höhe an Freiwillig Wehrdienstleistende ausgezahlt wird und in der Vergangenheit auch an die Wehrpflichtigen gezahlt wurde (BAPers, 2024). Das so kalkulierte Gehalt von 585 Euro pro Monat ist nahezu identisch zum maximalen Taschengeld von 604 Euro im Monat beim Bundesfreiwilligendienst (BAFzA, 2024). Das zeigt, dass auch der Zivildienst über unsere Berechnung sehr gut abgebildet werden kann. Zudem werden Verpflegung und Unterkunft als geldwerte Vorteile zur Verfügung gestellt. Deren Sachbezugswerte sind für das Jahr 2024 mit 313 Euro für Verpflegung und durchschnittlich 97 Euro für eine Unterbringung in einem Mehrbettzimmer angegeben (Liebig, 2024). Insgesamt ergibt sich ein monatliches Netto-Gehalt von 995 Euro für Wehrpflichtige, das wir auf 1.000 Euro aufrunden.

jungen Alterskohorten liegt entsprechend ihrer Bildungsqualifikationen relativ zur Gesamtbevölkerung bei 2.379 Euro im Monat (siehe Anhang A). So ergibt sich, dass Wehrpflichtige nur etwa 42% ihres Markt-Gehaltes für den Wehrdienst erhalten.

Wir modellieren drei Szenarien. Sie unterscheiden sich mit Blick auf den Anteil der aus einer Alterskohorte eingezogenen Individuen. Die Werte sind 5%, 25% und 100% (siehe Tab. 1). Für die Berechnung der volkswirtschaftlichen Kosten ist es irrelevant, wie die Eingezogenen zwischen Militär- und Zivildienst aufgeteilt werden. Aus volkswirtschaftlicher Perspektive sind beide Fälle dahingehend gleich, dass die Arbeitskraft der Eingezogenen für die gleiche Dauer und das gleiche Gehalt verpflichtend in Anspruch genommen wird. Zudem ist es für die Modellierung unerheblich, ob bestimmte Gruppen von der Wehrpflicht ausgenommen sind. Bleiben Frauen und Ausländer von der Wehrpflicht ausgenommen, müssten mehr deutsche Männer eingezogen werden, um auf den Anteil von 5% bzw. 25% an Wehrpflichtigen aus einer Alterskohorte zu kommen. Einzig bei einem Anteil von 100% gäbe es keine Ausnahmen und die gesamte Alterskohorte wäre einzuziehen. Das ist insofern passend, da ein soziales Pflichtjahr den Anspruch hat, umfassend zu sein. Zudem sollte dabei auch die Frage der Tauglichkeit nachrangig sein. Die körperlichen Anforderungen für bestimmte Tätigkeiten innerhalb eines sozialen Pflichtjahres dürften deutlich unterhalb jenen der Bundeswehr liegen.

Tabelle 1: Beschreibung der Szenarien

	Status Quo	Szenario – 5%	Szenario – 25%	Szenario – 100%
Dauer der Wehrpflicht	-	12 Monate	12 Monate	12 Monate
Netto-Gehalt	-	42% Marktlohns (1.000 Euro/Monat)	42% des Marktlohns (1.000 Euro/Monat)	42% des Marktlohns (1.000 Euro/Monat)
Anteil Eingezogene von einer Alterskohorte	0%	5% (39 Tsd. Personen)	25% (195 Tsd. Personen)	100% (780 Tsd. Personen)

Die drei ausgewählten Szenarien stehen für unterschiedliche in der Öffentlichkeit diskutierte Modelle. Jede Alterskohorte der 10- bis 18-Jährigen umfasst etwa 780 Tsd. Personen (Demografieportal, 2024).[12] Basierend auf dieser Referenzgröße weisen wir für jedes Szenario die Anzahl der eingezogenen Individuen aus. Das soll lediglich dem Verständnis der Szenarien dienen. Für die Modellierung ist dies unerheblich – da ist nur der *Anteil* der Eingezogenen einer Alterskohorte von Relevanz.

- **5%-Szenario:** Ein ähnlicher Anteil einer Alterskohorte wie in Schweden würde eingezogen. Das Szenario erfasst also Elemente des sogenannten „schwedischen Modells“. In Deutschland stünden dabei jährlich bis zu 39 Tsd. Wehrpflichtige zur Verfügung. Die genaue Zahl hinge davon ab, wie viele Eingezogene sich für einen Zivildienst entschieden. Ein Umfang von

[12] Pro Alterskohorte gibt es etwa 130 Tsd. Ausländerinnen und Ausländer (BiB, 2024), die ebenso wie Frauen und Untaugliche nach aktueller Rechtslage nicht für den Wehrdienst und damit auch nicht für den Zivildienst als Ersatzdienst vorgesehen sind.

39 Tsd. Wehrpflichtigen wäre ein bedeutender Zuwachs gegenüber den 10 Tsd. Freiwillig Wehrdienstleistenden aus dem Jahr 2023 (Bundestag, 2024). Es besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied zum schwedischen Modell. Die Wehrpflicht in Schweden beruht auf einer Kombination aus Freiwilligkeit und Pflicht. In unserem Bericht wird beides strikt getrennt. Bei einer Wehrpflicht werden alle Eingezogenen verpflichtet und bei einer Marktlösung ist der Wehrdienst so attraktiv, dass er immer freiwillig absolviert wird (siehe Kapitel 4.2).

- **25%-Szenario:** Hier würden jährlich 195 Tsd. Personen nach den Vorgaben der „ehemaligen Wehrpflicht“ eingezogen. Einen solchen personellen Zufluss könnte die Bundeswehr kurz- und mittelfristig vermutlich schwerlich stemmen. Praktisch wäre der Aufbau einer großen Anzahl von Stellen für den Zivildienst ebenso notwendig. Vom personellen Umfang erinnert dieses Szenario an eine Wiedereinführung der ehemaligen Wehrpflicht, wie sie in ihren letzten Jahren praktiziert wurde. Für die Jahrgänge 1981 bis 1985 war die Heranziehung mit dem Abschluss des 23. Lebensjahres vor bzw. im Jahr 2009 abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt hatten durchschnittlich etwa 85 Tsd. Personen Wehrdienst und 110 Tsd. Personen Zivil- oder Ersatzdienst geleistet bzw. waren für Aufgaben im Zivilschutz freigestellt (Bundestag, 2009).[13]

- **100%-Szenario:** Hier wird das „soziale Pflichtjahr“ abgedeckt. Dabei wird jährlich die gesamte Alterskohorte von 780 Tsd. Personen eingezogen. Das erfordert noch einmal deutlich mehr Aufnahmekapazitäten als jemals für Wehr- und Zivildienstleistende gemeinsam zur Verfügung standen. Der Höchststand waren 290 bis 300 Tsd. Wehr- und Zivildienstleistende (IISS, 2024; BAFzA, 2012). Er wurde im Zeitraum zwischen 1990 und 2000 mehrfach verzeichnet. Bereits damals wurde die Dauer des Wehrdienstes auf zehn Monate reduziert, um mehr Aufnahmekapazitäten für die vielen Personen zu schaffen.

4.2 Marktlösung

Befürworter einer Wehrpflicht verbinden sicherheitspolitische Hoffnungen mit ihr. Sie könnte helfen, die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten zu steigern, die gesellschaftliche Resilienz zu stärken und eine Aufwuchsfähigkeit im Kriegsfall zu ermöglichen. Optimal ausgebildet und ausgestattet könnten die Wehrpflichtigen einen Mehrwert für die deutsche Verteidigungsfähigkeit leisten. Entsprechend kann argumentiert werden, dass die sicherheitspolitischen Vorteile es rechtfertigen oder sogar erforderlich machen, die in diesem Bericht zu berechnenden Kosten für die Einführung der Wehrpflicht in Kauf zu nehmen.[14] Die Regierung oder Bevölkerung kann zum Beispiel ausdrücken, dass sie die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit aus dem 5%-Szenario umsetzen möchte. Bisher sind wir davon ausgegangen, dass die zusätzlichen Wehrdienstleistenden nur durch eine Wehrpflicht gewonnen werden können. In der Realität könnte die Bundeswehr

[13] Die Anzahl der Wehrdienst- und Zivildienstleistenden nahm mit jedem Jahrgang ab. Gleichzeitig nahm die Anzahl der nicht wehrdienstfähig gemusterten Personen stetig zu (Bundestag, 2009).

[14] Gleiches gilt für den Zivildienst bzw. das soziale Pflichtjahr. Auch hier wäre der Anspruch, dass ein gesellschaftlicher Mehrwert entsteht, der je nach Perspektive und Präferenzen die dadurch entstehenden Kosten rechtfertigen kann.

aber auch als Arbeitgeber so attraktiv werden und ein so attraktives Gehalt zahlen, dass sich ausreichend Individuen freiwillig bewerben. Das nennen wir Marktlösung.[15]

Die Marktlösung würde erlauben, die sicherheitspolitischen Ziele im gleichen Maße wie bei einer Wehrpflicht umzusetzen. Im Rahmen des Freiwilligen Wehrdienstes wird diese Alternative bereits von der Bundeswehr angeboten – scheinbar ist sie aber angesichts der niedrigen Anzahl an Bewerbungen nicht attraktiv genug. Auch in vielen der skandinavischen Länder ist die Marktlösung ein wesentlicher Aspekt, da viele Individuen aufgrund der Attraktivität ihrer Streitkräfte freiwillig einen Dienst leisten. In unserem Modell bedeutet die Marktlösung, dass die Netto-Gehälter der nun Freiwillig Wehrdienstleistenden auf das Gehaltsniveau am Markt angehoben werden. Die mit einer Wehrpflicht einhergehenden Zuwächse beim militärischen Personal können so für alle drei Szenarien ebenso als Marktlösung implementiert werden. Der Wehrdienst wird durch die höheren Gehälter attraktiver. Für die Regierung stellt das zusätzliche Kosten dar, die über Steuern zu finanzieren sind. Die jungen Individuen müssten aber nicht mehr zu einem Jahr Dienst verpflichtet werden, sondern würden ihre Arbeitskraft den Streitkräften zu einem Zeitpunkt zur Verfügung stellen, wenn es mit ihren Bildungspräferenzen im Einklang ist. Wir werden für jedes der drei Szenarien quantifizieren, wie hoch die Kosten einer Marktlösung gegenüber einer Wehrpflicht sind.

4.3 Rechtliche Lage

Die Zulässigkeit einer Wehrpflicht ist nicht von der sicherheitspolitischen Lage abhängig (Groh, 2024). Stattdessen steht es dem Gesetzgeber frei, den verfassungsgemäßen Auftrag zur Verteidigung über eine Wehrpflicht oder eine Berufsarmee umzusetzen. Auch heute ist die Wehrpflicht weiterhin im Art. 12a des Grundgesetzes (GG) verfassungsrechtlich festgeschrieben. Deutsche Männer können ab dem vollendeten 18. Lebensjahr für den Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden. Sofern sie aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern, können sie zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 basiert auf einer Änderung des Wehrpflichtgesetzes. Seitdem wird die Ableistung der Wehrpflicht in Form eines Wehr- oder Zivildienstes nur noch im Spannungs- und Verteidigungsfall verlangt und ist somit in Friedenszeiten ausgesetzt. Für die Umsetzung der in diesem Bericht analysierten Szenarien wären also Gesetzesänderungen notwendig. Deren Umfang unterscheidet sich erheblich. Während die alte Wehrpflicht durch ein einfaches Gesetz wieder aktiviert werden kann, verlangen umfassendere Reformen wie z.B. die Ausweitung auf Frauen oder ein soziales Pflichtjahr nach einer Änderung des Grundgesetzes (Groh, 2024).[16] Die konkrete Ausgestaltung der Wehrpflicht müsste zudem den Anspruch der Wehrgerechtigkeit erfüllen, der aus dem Gleichheitssatz im Art. 3 GG abgeleitet wird

[15] Da es im Status Quo keine Wehrpflicht gibt, setzt auch der Status Quo auf Marktmechanismen. Mit Marktlösung meinen wir in diesem Bericht stets die Gewinnung von *zusätzlichen* Wehrdienstleistenden im vergleichbaren Umfang wie bei einer Wehrpflicht.

[16] Die aktuelle Wehrpflicht bezieht sich nur auf Männer. Das Grundgesetz sagt sogar explizit, dass Frauen „auf keinen Fall zum Dienst an der Waffe verpflichtet werden“ dürfen. Zudem schließt das Grundgesetz in der aktuellen Form ein soziales Pflichtjahr aus. Ob und wie ein soziales Pflichtjahr überhaupt rechtlich umgesetzt werden kann, ist umstritten (Bundestag, 2023a).

(Groh, 2024). Die Auswahl der Wehrpflichtigen muss also willkürfrei und gerecht erfolgen. Das ist insbesondere dann nicht gegeben, wenn nur ein kleiner Teil eines Jahrgangs verpflichtend eingezogen wird.

5 Quantifizierung der volkswirtschaftlichen Kosten

5.1 Modell und Kalibrierung

Für die Berechnung der volkswirtschaftlichen Kosten verwenden wir ein „Overlapping-Generations"-Modell, das von Diamond (1965) eingeführt wurde und seitdem verwendet wird, um die Auswirkungen von politischen Maßnahmen auf Lebensentscheidungen von Individuen zu verstehen. Wir modellieren eine offene Volkswirtschaft, die sich aus Individuen, einem Staat und einem repräsentativen Unternehmen zusammensetzt.[17] Individuen maximieren ihren Nutzen über ihre Lebenszeit. Die betrachteten Zeitperioden erstrecken sich vom Beginn des Erwachsenenalters bis zum Tod bei Erreichen der durchschnittlichen Lebenserwartung. In jeder Periode (d.h. ein Lebensjahr) entscheiden die Individuen, wie sie ihre Zeit optimal aufteilen wollen. Sie können dabei wählen zwischen Arbeiten, Lernen und Freizeit genießen. Durch Arbeit erhält ein Individuum Einkommen, das es zum Konsumieren und Sparen verwenden kann. Durch Lernen erwirbt ein Individuum Humankapital für die Folgeperioden. Mehr Humankapital steigert die effektive Arbeitsleistung und erhöht folglich das Einkommen bei gleichbleibendem Arbeitseinsatz. Der Wert von Humankapital sinkt über die Zeit.[18] Es muss also kontinuierlich erneuert werden, um erhalten zu bleiben. Die Individuen müssen zu einem festgelegten Zeitpunkt in Rente gehen. Sie können aber schon vorher ihre Arbeitszeit reduzieren und stattdessen mehr Freizeit genießen. Jedes Individuum spart durch den Erwerb von Vermögen, um den eigenen Konsum nach dem Eintritt in die Rente weiter zu finanzieren. Dabei unterliegen die Individuen keinen Kreditbeschränkungen. Sie dürfen aber am Ende des Lebens keine Schulden angehäuft haben. Auf Schulden sind Zinsen zu zahlen. Dagegen wird durch Vermögen ein zusätzliches Zinseinkommen erzielt. Der individuelle Nutzen ergibt sich aus dem Konsum eines Gutes sowie dem Genuss von Freizeit. Die Individuen haben eine perfekte Voraussicht und können ihre Entscheidungen bereits bei Beginn des Erwachsenenalters optimal treffen.

Der Staat tätigt Ausgaben. Bereits im Status Quo wird ein gewisses Maß an Verteidigung darüber finanziert. Um seine Ausgaben zu finanzieren, erhebt der Staat Steuern auf Einkommen aus Arbeit. Der Staat kann sich nicht verschulden und muss sicherstellen, dass die in einer Periode getätigten Ausgaben über Steuereinnahmen in der gleichen Periode gegenfinanziert werden.

Das repräsentative Unternehmen produziert ein homogenes Gut und maximiert dabei seine Gewinne. Für die Produktion wird Arbeit aus dem Inland und Kapital vom internationalen Kapitalmarkt verwendet. Der Zinssatz für Kapital wird auf dem internationalen Markt festgelegt und ist als gegeben anzusehen. Dadurch bleiben sowohl das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit als

[17] Eine detaillierte Beschreibung des Modells inklusive der Gleichungen sowie der Kalibrierung befindet sich im Anhang A. Im Kapitel 5.5 werden die Unterschiede einer Modellierung über eine geschlossene Volkswirtschaft diskutiert.

[18] Damit wird ein zentraler Aspekt des realen Wirtschaftssystems aufgegriffen. In Folge des technologischen Fortschritts verlieren die Fähigkeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über die Zeit an Relevanz und müssen durch Weiterbildungen auf den aktuellen Stand gebracht werden.

auch die Gehälter konstant. Die Ersparnisse der Individuen werden auf dem internationalen Kapitalmarkt angelegt. Wie auch das Humankapital verliert das physische Kapital über Zeit an Wert und muss erneuert werden.

In einer offenen Volkswirtschaft ist Kapital über den internationalen Kapitalmarkt mobil. Der Kapitalstock der Wirtschaft kann sowohl von inländischen als auch von im Ausland lebenden Individuen gehalten werden. Entsprechend ist der Kapitalstock nicht mit dem Kapital im heimischen Besitz gleichzusetzen. Folglich inkludiert das BIP auch Zinszahlungen an im Ausland lebende Eigentümer des Kapitalstocks. In diesem Bericht sind wir aber an den volkswirtschaftlichen Kosten der Wehrpflicht für jene Individuen interessiert sind, die Teil der deutschen Wirtschaft sind bzw. in Deutschland leben. Deswegen bietet sich das Bruttonationaleinkommen (BNE) als Maß für die Evaluierung an, welches das BIP um die Zahlungen an im Ausland lebende Eigentümer des deutschen Kapitalstocks bereinigt.

Kalibrierung: Wir kalibrieren das Modell gemäß Demografie- und Wirtschaftsdaten für Deutschland im Jahr 2023. Das Rentenalter beträgt 67 Jahre und die Lebenserwartung 83 Jahre.[19] Die Staatsausgaben ohne Sozialversicherungen machen 29,1% der Wirtschaftsleistung aus. Der Steuersatz auf Arbeitseinkommen wird auf 42,3% gesetzt, um die Staatsausgaben finanzieren zu können.[20] Die Kalibrierung ermöglicht zudem die Zeitaufteilung über den Lebenszyklus realistisch abzubilden.[21] Die Zeitaufteilung der Individuen zwischen Arbeiten, Lernen und Freizeit verändert sich über die Lebenszeit (siehe Abb. 3A). Im ersten Jahr verwenden die Individuen mit 65% einen Großteil ihrer Zeit für das Lernen und nutzen die übrigen 35%, um zu arbeiten. Der Anteil von Lernen nimmt kontinuierlich ab und verharrt für einen Großteil der Zeitperioden bei Werten von knapp unter 20%. Primär wird die verfügbare Zeit für Arbeiten verwendet. Ab einem Alter von etwa 60 Jahren verwenden die Individuen einen immer größeren Anteil ihrer Zeit für den Genuss von Freizeit. Mit 67 Jahren werden sie schließlich zum Renteneintritt gezwungen. In den ersten Jahres des Erwachsenenalters steigt das Humankapital in Folge des hohen Zeiteinsatzes für das Lernen stark an und erreicht mit bei einem Alter von etwa 30 Jahren seinen Höhepunkt (siehe Abb. 3B). Ab etwa 50 Jahren sinkt das Humankapital wieder – also mehrere Jahre bevor ein Teil der Zeit für den Genuss von Freizeit verwendet wird. Da die verbleibende Arbeitszeit vor der Rente immer kürzer wird, nimmt zu diesem Zeitpunkt der Nutzen vom Aufbau bzw. Erhalt von Humankapital ab. Das Vermögen des Individuums in Form von Kapitalanlagen beginnt bei null und steigt während des Erwerbslebens an (siehe Abb. 3C). Mit dem einsetzenden Genuss von Freizeit ab einem Alter von 60 Jahren verlangsamt sich der Aufbau des Vermögens. Nach dem Eintritt in die

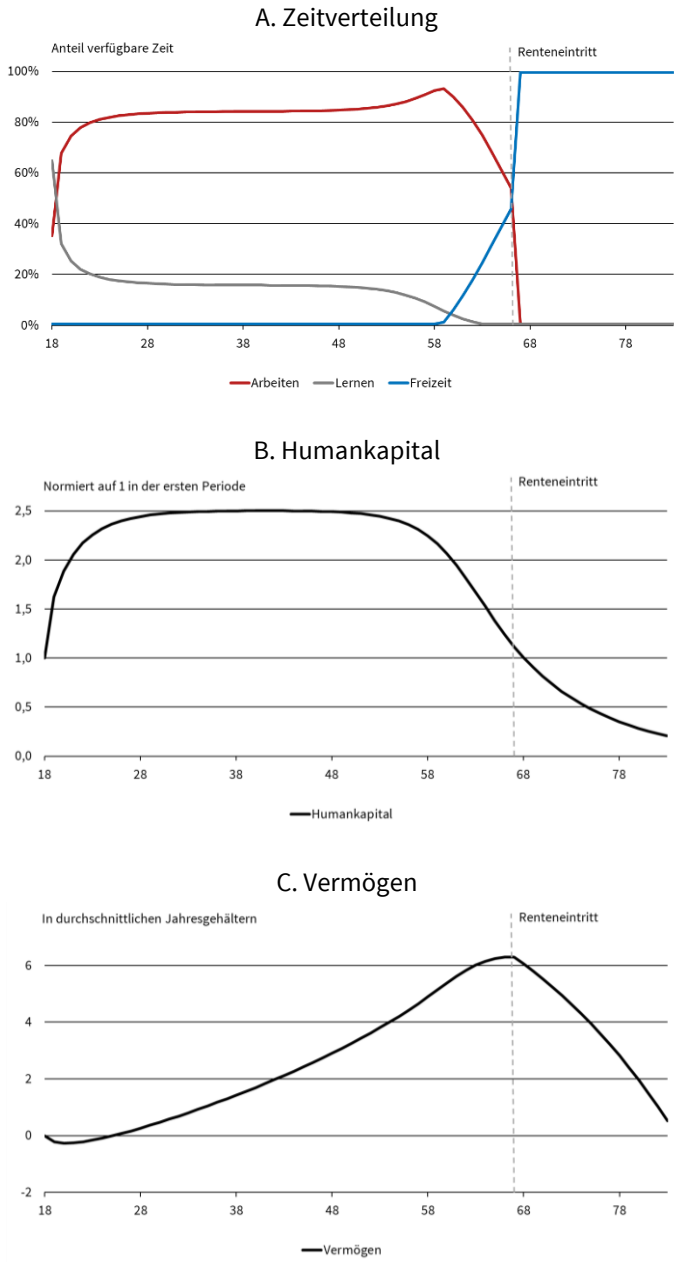
[19] Aktuell wird die Altersgrenze für die Regelaltersrente ohne Abschläge schrittweise angehoben. Dieser Prozess ist im Jahr 2031 abgeschlossen. Für die Jahrgänge ab 1964 beträgt die Altersgrenze dann 67 Jahre (Deutsche Rentenversicherung, 2024).

[20] Das ist in etwa identisch zum Spitzensteuersatz von 42% auf Einkommen ab 67 Tsd. Euro pro Jahr und ist damit fast doppelt so hoch wie der Durchschnittssteuersatz für ein Durchschnittsgehalt (IAQ, 2024). Der vergleichsweise hohe Steuersatz im Modell resultiert daraus, dass nur die Steuer auf Einkommen simuliert wird. In der Praxis finanziert sich der Staat mit der Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Kapitalertragssteuer, Erbschaftssteuer, Grundsteuer, usw. über viele weitere Steuern.

[21] Details sowie eine vollständige Liste der kalibrierten Parameter befinden sich im Anhang A.

Rente mit 67 Jahren wird das angesparte Vermögen (quasi als Rente) benötigt, um den weiteren Konsum zu finanzieren. Am Ende des Lebens ist das zuvor aufgebaute Vermögen aufgebraucht.

Abbildung 3: Entwicklung von Modell-Variablen im Status Quo über die Lebenszeit



Quelle: Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Die Zeitverteilung wird relativ zur verfügbaren Zeit in Prozent angegeben. Das Humankapital wird in einer normierten Einheit ausgedrückt, wobei das anfängliche Humankapital eins ist. Ein höheres Humankapital impliziert eine höhere Produktivität (siehe Anhang A). Zum Beispiel ist das Humankapital im Alter von 40 Jahren um 150% höher als im Alter von 18 Jahren, was mit einem Anstieg der Produktivität um 38% einhergeht. Das Vermögen wird in Höhe des durchschnittlichen Jahresgehalts eines Individuums ausgedrückt, das 100% der Zeit arbeitet. Zum Beispiel werden bis zum Renteneintritt im Alter von 67 Jahren mehr als sechs durchschnittliche Jahresgehälter angespart.

Wehrpflicht vs. Marktlösung: Wir führen die Wehrpflicht in das Modell ein, indem ein Anteil der Individuen im Alter von 18 Jahren für eine Periode zum Wehrdienst verpflichtet wird. Dieser Anteil wird im Einklang mit den Szenarien aus Kapitel 4 auf 5%, 25% und 100% festgelegt. Die Wehrpflichtigen werden in ihrer freien Zeitverteilung zwischen Arbeit und Lernen beschränkt und erhalten zudem ein monatliches Netto-Gehalt in Höhe von 1.000 Euro. Das entspricht lediglich 42% des angemessenen Markt-Gehalts angesichts des Humankapitalniveaus dieser Altersgruppe. Die Staatsausgaben aus dem Status Quo (inkl. der vorherigen Ausgaben für Verteidigung) bleiben erhalten und werden um die Gehaltskosten für die Wehrpflicht ergänzt. Das macht einen Anstieg des Steuersatzes auf Arbeitseinkommen notwendig. Mit unserem Modell können die volkswirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht gegenüber dem Status Quo beziffert und die Mechanismen dargestellt werden. Die gleiche Steigerung des Arbeitsvolumens für die Bundeswehr wie bei der Wehrpflicht kann über eine Marktlösung erreicht werden. Da Freiwillig Wehrdienstleiste besser bezahlt werden müssten, steigen die Staatsausgaben und damit der Steuersatz auf Arbeitseinkommen stärker. Anders als bei der Wehrpflicht wird die Zeiteinteilung der Individuen jedoch nicht eingeschränkt.

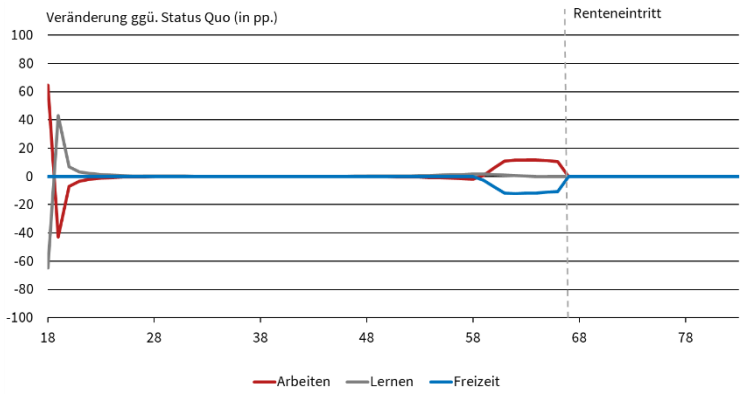
5.2 Mechanismen

Die Einführung einer Wehrpflicht hat unterschiedliche Auswirkungen auf Individuen, je nachdem, ob sie selbst für den Wehrdienst verpflichtet werden oder nicht. Die Wehrpflichtigen werden über drei verschiedene Kanäle beeinflusst. Erstens verändert der verpflichtende Wehrdienst mechanisch die Zeitverteilung in der ersten Periode. Sie können nicht lernen und ihr Humankapital fällt ab. Zweitens können sie durch die geringe Bezahlung des Wehrdienstes sowie das in Folge der verzögerten Humankapitalbildung in den folgenden Jahren niedrigere Gehalt weniger sparen. Drittens muss der Staat den Steuersatz auf Arbeitseinkommen erhöhen, da die Staatsausgaben durch die Gehaltszahlungen an die Wehrpflichtigen gestiegen sind und einer Gegenfinanzierung bedürfen.[22] Dagegen bleiben Gehälter und Zinssätze von Veränderungen im Arbeitsangebot der Wehrpflichtigen unberührt, da es sich um eine offene Volkswirtschaft handelt. Für Nicht-Wehrpflichtige bedeutet dies, dass sie nur vom dritten Kanal, dem Anstieg des Steuersatzes auf Arbeitseinkommen, betroffen sind. Bei der Marktlösung gibt es keine Pflicht. Entsprechend spielen die ersten beiden Kanäle keine Rolle. Dafür ist der dritte Kanal stärker ausgeprägt, da die höheren Gehaltszahlungen an Wehrdienstleistende einen höheren Anstieg des Steuersatzes erforderlich machen.

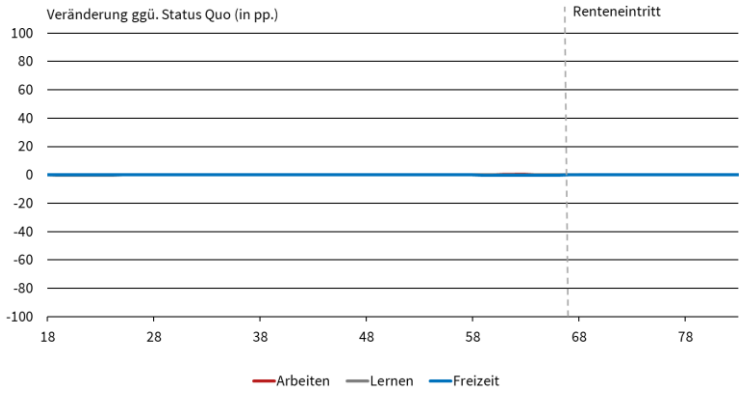
[22] Die Anhebung des Steuersatzes erhöht das Arbeitsangebot in unserem Modell leicht. Die höheren Steuern reduzieren das verfügbare Einkommen, was den Grenznutzen des Konsums erhöht (Einkommenseffekt). Die höheren Steuern verringern aber gleichzeitig die relative Attraktivität von Arbeit im Vergleich zum Genuss von Freizeit (Substitutionseffekt). Für die von uns verwendete Kalibrierung ist der Einkommenseffekt höher als der Substitutionseffekt. Bei alternativen Kalibrierungen kann auch der Substitutionseffekt höher als der Einkommenseffekt sein. Das würde dazu führen, dass die Anhebung des Steuersatzes das Arbeitsangebot reduziert. In diesem Fall würden die Kosten einer Wehrpflicht und einer vergleichbaren Marktlösung mit Blick auf Einkommen und Konsum noch höher ausfallen.

Abbildung 4: Veränderung der Zeitverteilung im 25%-Szenario vgl. mit Status Quo

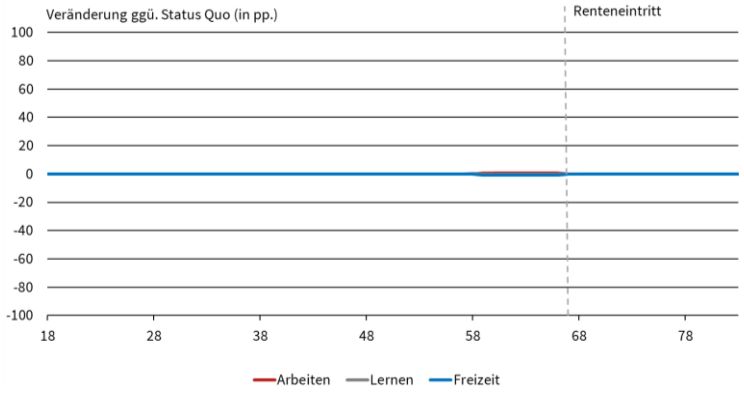
A. Wehrpflichtige bei Wehrpflicht



B. Nicht-Wehrpflichtige bei Wehrpflicht



C. Individuum bei Marktlösung



Quelle: Eigene Berechnungen.

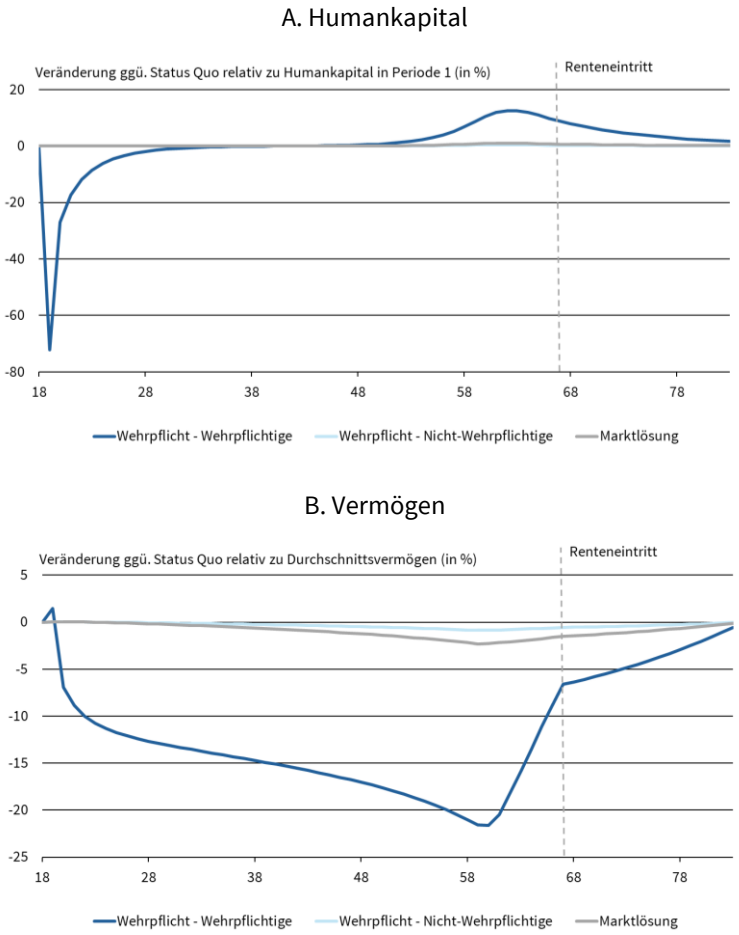
Die Mechanismen sollen für das 25%-Szenario veranschaulicht werden. Hier ist zwischen drei Gruppen zu unterscheiden: Wehrpflichtige bei Wehrpflicht, Nicht-Wehrpflichtige bei Wehrpflicht und Individuen in einer Marktlösung. In Abbildung 4 wird für alle drei Gruppen dargestellt, wie sich die Zeitverteilung eines Individuums gegenüber dem Status Quo verändert. Wehrpflichtige müssen in der ersten Periode 100% ihrer Zeit arbeiten. Das ist ein Anstieg um 65 Prozentpunkte gegenüber dem Status Quo (siehe Abb. 4A). Die Wehrpflichtigen kompensieren das, indem sie in den Folgeperioden einen höheren Anteil ihrer Zeit für Lernen verwenden. Der verspätete Aufbau von Humankapital, die niedrigeren Gehälter sowie der gestiegene Steuersatz verringern den Nettogegenwartswert des Lebenseinkommens. In der Folge erhöhen die Wehrpflichtigen im Alter von 60 bis 67 Jahren ihren Arbeitseinsatz und genießen weniger Freizeit. Die Veränderungen bei Nicht-Wehrpflichtigen gegenüber dem Status Quo sind gering (siehe Abb. 4B). Zwar geht auch ihr Lebenseinkommen durch den höheren Steuersatz leicht zurück. Der Umfang ist jedoch viel geringer als bei den Wehrpflichtigen, die zusätzlich von den ersten beiden Kanälen getroffen werden. Entsprechend arbeiten auch die Nicht-Wehrpflichtigen im Alter von 60 bis 67 Jahren etwas mehr – die Veränderung ist jedoch minimal. Ähnlich verhält es sich bei der Marktlösung (siehe Abb. 4C). Hier gibt es keine Pflicht. Deswegen sind alle Individuen nur von der Erhöhung des Steuersatzes betroffen - und das jeweils im gleichen Maße. Aufgrund der höheren Gehälter der Wehrdienstleistenden muss der Steuersatz stärker steigen und entsprechend ist auch die Steigerung des Arbeitseinsatzes kurz vor der Rente etwas höher als bei den Nicht-Wehrpflichtigen.

Die Auswirkungen des 25%-Szenarios auf die Humankapital- und Vermögensbildung der Individuen werden für die drei Gruppen in Abbildung 5 veranschaulicht. Für das Humankapital wird die Veränderung gegenüber dem Status Quo relativ zum initialen Wert bei Beginn des Erwachsenalters (d.h. Humankapital = 1) dargestellt (siehe Abb. 5A). Das Humankapital von Wehrpflichtigen ist im direkten Anschluss an die Wehrpflicht um etwa 70% niedriger als im Status Quo.[23] Durch einen höheren Zeiteinsatz für Lernen holen die Wehrpflichtigen über die Jahre langsam auf und erreichen ab einem Alter von 30 Jahren ein nahezu identisches Niveau beim Humankapital wie die Nicht-Wehrpflichtigen. Aufgrund des starken negativen Einkommenseffekts für Wehrpflichtige ist ihr Grenznutzen von Konsum höher. Das erhöht den Arbeitseinsatz in späteren Jahren und schafft einen Anreiz, Humankapital über einen längeren Zeitraum aufrecht zu erhalten. Im Gegensatz dazu ändert sich die Humankapitalakkumulation von Nicht-Wehrpflichtigen sowie Individuen in der Marktlösung kaum. Aufgrund der Anhebung des Steuersatzes auf Arbeitseinkommen und dem folgenden negativen Einkommenseffekt genießen die beiden Gruppen weniger Freizeit im hohen Alter und erhöhen ihr Humankapital kurz vor der Rente gegenüber dem

[23] In der zweiten Periode ist das Humankapital von Wehrpflichtigen aus zwei Gründen deutlich geringer als im Status Quo. Erstens verwenden die Wehrpflichtigen während des Wehrdienstes ihre gesamte Zeit für Arbeit und können deswegen den jährlichen Rückgang des Humankapitals um 10% nicht ausgleichen. Zweitens würde ohne eine Wehrpflicht die erste Periode primär genutzt, um zu lernen und Humankapital aufzubauen. Die jungen Individuen verwenden im Status Quo fast 65% ihrer Zeit in der ersten Periode für Lernen, so dass ihr Humankapital um den gleichen Wert steigt. Allerdings ist zu betonen, dass der Rückgang bei der Produktivität aufgrund der funktionalen Form weniger stark als der Rückgang beim Humankapital ausgeprägt ist.

Status Quo geringfügig. Der Anstieg ist bei den Individuen der Marktlösung aufgrund der stärkeren Anhebung des Steuersatzes etwas höher.

Abbildung 5: Veränderung Humankapital und Vermögen im 25%-Szenario vgl. mit Status Quo



Quelle: Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Beide Graphen vergleichen das 25%-Szenario mit dem Status Quo. Über den gesamten Lebenszyklus werden die Veränderungen beim Humankapital und beim Vermögen für die drei Gruppen Wehrpflichtige, Nicht-Wehrpflichtige und Individuen in Marktlösung dargestellt. In A wird die Differenz des Humankapital zwischen dem 25%-Szenario und dem Status Quo relativ zum dem initialen Humankapital im Alter von 18 Jahren illustriert. In B wird die Differenz des Vermögens zwischen dem 25%-Szenario und dem Status Quo relativ zum durchschnittlichen Vermögen über alle Altersgruppen im Status Quo illustriert.

Für Vermögen wird die Veränderung gegenüber dem Status Quo relativ zum durchschnittlichen Vermögen über alle Alterskohorten im Status Quo dargestellt (siehe Abb. 5B). Aufgrund des negativen Einkommenseffektes sparen alle Gruppen weniger. Im Jahr der Wehrpflicht können die Wehrpflichtigen trotz des niedrigen Gehaltes etwas mehr sparen, da sie die verfügbare Zeit vollständig zum Arbeiten verwenden. In den folgenden Jahren haben sie weniger Humankapital akkumuliert und nutzen einen größeren Anteil ihrer Zeit zum Lernen, so dass sie ein geringeres Gehalt erhalten und deutlich weniger sparen können. Das Vermögen von Wehrpflichtigen ist im

Alter von 60 Jahren mehr als 20% niedriger als im Status Quo. Der schleppende Verlauf ihrer Vermögensbildung wird dadurch gemildert, dass sie im höheren Alter mehr Zeit für Arbeit aufwenden und das zusätzliche Gehalt zum Sparen verwenden können. Dennoch ist ihr Vermögen (und damit ihre Rente) bei Renteneintritt im Alter von 67 Jahren noch immer 7% niedriger. Der negative Einkommenseffekt verringert auch das Vermögen von Nicht-Wehrpflichtigen um 0,9% und von Individuen bei der Marktlösung um 2,3% im Alter von 60 Jahren. Durch Mehrarbeit dieser beiden Gruppen kann die Differenz bis zum Renteneintritt auf 0,6% bzw. 1,5% reduziert werden.

Die beschriebenen Mechanismen haben Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft. In Folge einer Wehrpflicht nimmt die für Arbeit aufgewendete Zeit leicht zu. Aufgrund des Rückgangs beim Humankapital ist das effektive Arbeitsangebot aber nahezu unverändert. Bei der Marktlösung ändern sich Gesamtarbeitszeit und Humankapital nur minimal, so dass auch hier das effektive Arbeitsangebot nahezu konstant bleibt. Aufgrund des höheren Steuersatzes sinkt jedoch das Einkommen nach Steuern sowohl bei einer Wehrpflicht als auch bei einer Marktlösung. Bei der Wehrpflicht verursacht das geringere Humankapital der Wehrpflichtigen einen zusätzlichen Rückgang des Einkommens. In der Folge liegt weniger inländisches Vermögen vor und die Produktion muss sich stärker auf ausländisches Kapital stützen. Obwohl die Industrieproduktion nur leicht zurückgeht, sinkt das nationale Gesamteinkommen erheblich. Ein Teil der Zinszahlungen für Kapital wird nämlich nicht mehr an Inländer, sondern an Ausländer gezahlt, die über den internationalen Kapitalmarkt den Rückgang der deutschen Vermögensbildung kompensieren. Die Gesamteffekte sind bei einer Wehrpflicht stärker als bei der Marktlösung, da die Lebensentscheidungen der Wehrpflichtigen stärker verzerrt werden.

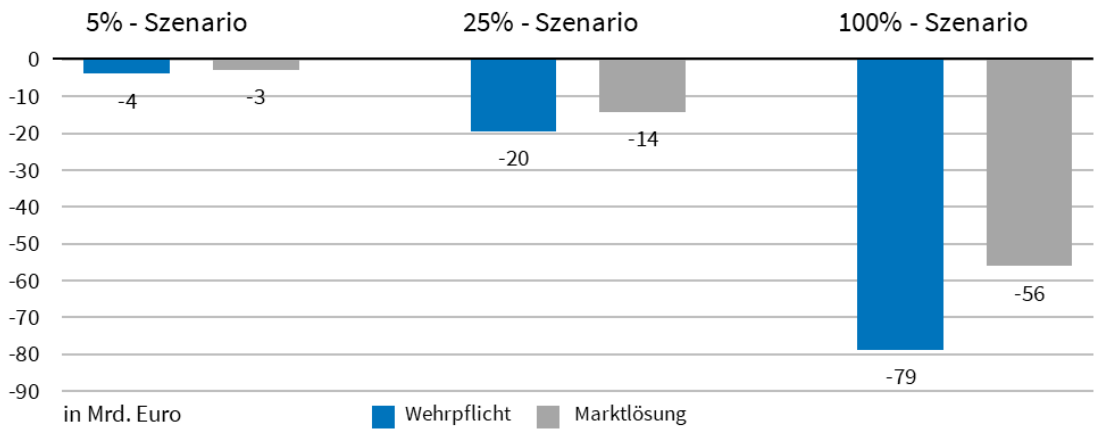
5.3 Gesamtwirtschaftliche Kosten

Sowohl eine Wehrpflicht als auch eine vergleichbare Marktlösung hätten große Folgen für die Wirtschaft. Die aus dem Modell abgeleiteten Kosten für den privaten Konsum werden in Abbildung 6 für alle drei Szenarien dargestellt. Sie werden als Veränderung des Konsums gegenüber dem Status Quo gemessen. Dabei ist festzustellen, dass die Kosten nahezu linear mit dem Anteil der Wehrpflichtigen bzw. dem zusätzlichen über dem Markt erworbenen Arbeitsvolumen für die Bundeswehr steigen. Bei einer Wehrpflicht liegen die jährlichen Kosten für den Konsum im 5%-Szenario bei 4 Mrd. Euro, im 25%-Szenario bei 20 Mrd. Euro und im 100%-Szenario bei 79 Mrd. Euro. Das ist äquivalent zu einem Rückgang des Konsums um 0,2% (im 5%-Szenario) bis zu 3,6% (im 100%-Szenario) gegenüber dem Status Quo.

Eine vergleichbare Marktlösung könnte das jeweilige Szenario mit geringeren Kosten für den privaten Konsum umsetzen. Das kann dadurch erklärt werden, dass eine Wehrpflicht die Bildungs- und Arbeitsentscheidungen der Individuen verzerrt und damit zusätzliche ökonomischen Kosten verursacht, die sich auch im Konsum niederschlagen. Die jährlichen Kosten beim privaten Konsum im Rahmen einer Marktlösung liegen für die drei Szenarien zwischen 3 Mrd. Euro (im 5%-

Szenario) bis zu 56 Mrd. Euro (im 100%-Szenario) und sind damit nicht unerheblich. Das ist ein Rückgang beim Konsum von etwa 0,1% bis 2,6% gegenüber dem Status Quo.

Abbildung 6: Veränderung Privater Konsum nach Szenario vgl. mit Status Quo (in Mrd. Euro)



Quelle: Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Es wird jeweils die Veränderung des privaten Konsums bei einer Wehrpflicht sowie einer vergleichbaren Marktlösung gemäß der drei Szenarien aus Kapitel 4 gegenüber dem Status Quo dargestellt. Bei einer Wehrpflicht gemäß des 5%-Szenarios werden zum Beispiel fünf Prozent einer Alterskohorte als Wehrdienstleistende verpflichtet. Bei der Marktlösung erwirbt die Bundeswehr das zusätzliche Arbeitsvolumen des jeweiligen Szenarios auf dem Markt – also von Freiwilligen.

Die Veränderungen beim privaten Konsum dürften aus der Perspektive von Bürgerinnen und Bürgern am besten die gesamtwirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht bzw. einer vergleichbaren Marktlösung erfassen, da sie direkt spürbar sind. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) erlaubt, die Veränderungen beim privaten Konsum aufzuschlüsseln und so in ihrer Gänze zu erfassen. Drei volkswirtschaftliche Größen erklären die Veränderungen:[24]

$$\Delta \text{ Privater Konsum} = \Delta \text{ Bruttonationaleinkommen} - \Delta \text{ Staatsausgaben} - \Delta \text{ Investitionen im Inland}$$

Der private Konsum geht in Folge einer Wehrpflicht oder einer vergleichbaren Marktlösung zurück. Mit den Ergebnissen aus Tabelle 2 lässt sich das wie folgt erklären: (1) Der Rückgang des Bruttonationaleinkommens wirkt sich negativ auf den privaten Konsum aus. Die Individuen können in Folge des höheren Steuersatzes (und des niedrigeren Humankapitals bei den Wehrpflichtigen) weniger sparen. Ein Teil der Wirtschaftsleistung fließt folglich als Bezahlung für ausländisches Kapital ab. Da weniger Geld im Inland zur Verfügung steht, kann auch weniger für den Konsum verwendet werden. (2) Der Anstieg der Staatsausgaben reduziert den privaten Konsum weiter. Um die Kosten für den Ausbau der Streitkräfte im Rahmen einer Wehrpflicht oder einer Marktlösung zu finanzieren, muss der Staat mehr Geld ausgeben. Dieses Geld wird über den höheren Steuersatz vom Einkommen der Individuen abgezogen. Der Ausbau des Staates geht also damit einher, dass den Individuen weniger Geld für Konsum zur Verfügung steht. (3) Niedrigere

[24] Das ergibt sich aus der Differenzierung und Umstellung der VGR: Bruttonationaleinkommen = Privater Konsum + Staatsausgaben + Investitionen von Inländern, da Nettoexporte + Nettoeinnahmen aus dem Ausland = 0.

Investitionen fördern dagegen den privaten Konsum. Da ein größerer Teil des Arbeitskräfteangebots für die Bundeswehr verwendet wird, stehen der Industrie weniger Arbeitskräfte zur Verfügung. Dadurch sinkt auch der Bedarf an Kapital leicht ab, so dass die Investitionen des repräsentativen Unternehmens in Kapitalerhaltung zurückgehen.[25] Insgesamt zeigt sich, dass sich die Gründe für den Rückgang des privaten Konsums zwischen einer Wehrpflicht und einer Marktlösung erheblich unterscheiden. Bei einer Wehrpflicht sinkt das Bruttonationaleinkommen in Folge der Verzerrungen im Arbeitsmarkt viel stärker als bei einer Marktlösung ab. Dafür müssen die Staatsausgaben bei der Marktlösung mehr erhöht werden.

Tabelle 2: Jährliche gesamtwirtschaftliche Kosten nach Szenario vgl. mit Status Quo (in Mrd. Euro)

	5% - Szenario		25% - Szenario		100% - Szenario	
	Wehr-pflicht	Markt-lösung	Wehr-pflicht	Markt-lösung	Wehr-pflicht	Markt-lösung
Bruttonationaleinkommen	-3,4	-1,9	-17,1	-9,4	-69,7	-37,4
Privater Konsum	-3,9	-2,9	-19,5	-14,1	-78,7	-56,0
Investitionen im Inland[26]	-0,2	-0,6	-0,9	-3,0	-3,9	-11,9
Staatsausgaben	0,6	1,5	3,2	7,7	12,8	30,5

Quelle: Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Für jedes Szenario wird die absolute Veränderung der Indikatoren gegenüber dem Status Quo in Mrd. Euro ausgewiesen. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) besagt, dass Bruttonationaleinkommen = Privater Konsum + Staatsausgaben + Investitionen im Inland, da Nettoexporte + Nettoeinnahmen aus dem Ausland = 0. Die Konsumausgaben steigen also, wenn die Wirtschaft wächst, der Staat weniger Geld ausgibt (und weniger Steuern benötigt) oder wenn die Investitionen im Inland zurückgehen. Hier werden Bruttonationaleinkommen und Staatsausgaben ohne jenen Anteil der Gehaltszahlung an Wehrdienstleistende berechnet, der über die Einkommenssteuer direkt an den Staat zurückgeht. Differenzen zur VGR können durch Rundungen erklärt werden. Zu der Interpretation der Investitionen im Inland siehe Fußnote 26.

Um die gesamtwirtschaftlichen Folgen der Wehrpflicht bzw. einer vergleichbaren Marktlösung vollumfänglich zu berechnen, wird der Effekt auf die Wohlfahrt ermittelt (siehe Tab. 3).[27] Der Rückgang bei der Wohlfahrt ist höher als der Rückgang beim privaten Konsum. Im Modell erhöhen die Individuen kurz vor der Rente ihr Arbeitsangebot relativ zum Status Quo, um so den negativen Einkommenseffekt zu einem gewissen Grad zu kompensieren. Dadurch fällt jener Anteil der Zeit, der für den Genuss von Freizeit verwendet wird. Da Individuen Freizeit aber schätzen,

[25] Für die Berechnung des Produktionspotenzials und damit für die mittelfristige Finanzplanung und die Schuldentragfähigkeit haben die Erkenntnisse aus dem Modell folgende Implikationen: Für das Produktionspotenzial ergäben sich kurzfristig keine nennenswerten Veränderungen, da die Arbeitskräfte lediglich vom zivilen in den militärischen Bereich wechseln, aber nach der statistischen Abgrenzung weiterhin zu den Erwerbspersonen zählen. Deutliche negative Potenzialeffekte können sich aber mittel- bis langfristig durch den geringeren inländischen Kapitalbedarf und insbesondere durch Produktivitätsverluste infolge des verzögerten Humankapitalaufbaus ergeben.

[26] Der Fokus des Modells ist, die Wohlfahrtskosten einer politischen Maßnahme zu berechnen. Im hier dargestellten Gleichgewicht sind Investitionen proportional zum Kapitalstock und dienen lediglich der Kompensation von Abschreibungen. Im Kontext des Modells sollten Investitionen also nicht als Quelle von Innovation und Wachstum interpretiert werden. Zu den Unterschieden zwischen Wehrpflicht und Marktlösung siehe die Diskussion im Kapitel 5.5.

[27] Im Anhang A wird die Berechnung detailliert aufgeführt.

wirkt sich das negativ auf die Wohlfahrt aus. Die vorherigen Erkenntnisse bleiben auch mit Blick auf die Wohlfahrt bestehen: Für alle Szenarien ist der Rückgang bei der Wohlfahrt bei einer Marktlösung geringer als bei der Wehrpflicht. Während der Rückgang des Konsums bei der Marktlösung um 28% geringer als bei der Wehrpflicht ist, sind es mit Blick auf die Wohlfahrt sogar 36%. Die Differenz erklärt sich durch den geringeren Genuss von Freizeit kurz vor der Rente. Mit Blick auf die Steuern verdeutlicht Tabelle 3 noch einmal, dass die höheren Gehälter von Wehrdienstleistenden bei der Marktlösung zu einem größeren prozentualen Anstieg des Steuersatzes als bei einer Wehrpflicht führen. Mit Blick auf das Kapital im heimischen Besitz ist festzustellen, dass dieses bei einer Wehrpflicht massiv zurückgeht und einen Großteil des Rückgangs beim Bruttonationaleinkommen erklären kann. Zwar wird auch bei der Marktlösung ein Rückgang verzeichnet. Dieser ist aber um mehr als den Faktor drei kleiner. Der Unterschied ist insbesondere durch die niedrigere und spätere Vermögensbildung von Wehrpflichtigen zu erklären.

Tabelle 3: Veränderung der Indikatoren für Gesamtwirtschaft nach Szenario vgl. mit Status Quo (in %)

	5% - Szenario		25% - Szenario		100% - Szenario	
	Wehr-pflicht	Markt-lösung	Wehr-pflicht	Markt-lösung	Wehr-pflicht	Markt-lösung
Privater Konsum	-0,18	-0,13	-0,90	-0,65	-3,64	-2,59
Wohlfahrt	-0,22	-0,14	-1,09	-0,71	-4,35	-2,81
Steuersatz Arbeitseinkommen	0,07	0,20	0,36	0,97	1,50	3,84
Kapital im heimischen Besitz	-0,65	-0,19	-3,22	-0,94	-12,77	-3,70

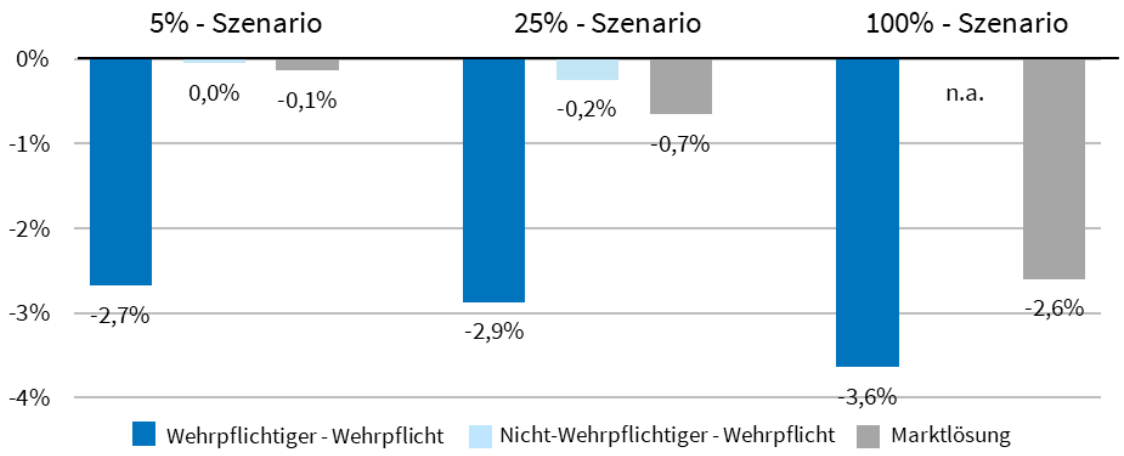
Quelle: Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Für jedes Szenario wird die prozentuale Veränderung der Indikatoren gegenüber dem Status Quo ausgewiesen. Aus Konsistenzgründen wird auch die Änderung des Steuersatz auf Arbeitseinkommen in Prozent und nicht wie sonst üblich in Prozentpunkten angegeben.

5.4 Lastenungleichheit zwischen Individuen

Die von der Wehrpflicht verursachten gesamtwirtschaftlichen Kosten werden im unterschiedlichen Maße von Wehrpflichtigen und Nicht-Wehrpflichtigen getragen. Während Wehrpflichtige im 5%-Szenario einen Rückgang ihres Konsums um 2,7% erleben, konsumieren die Nicht-Wehrpflichtigen praktisch unverändert wie im Status Quo (siehe Abb. 7). Die Kosten der Wehrpflicht werden fast ausschließlich von jenen Individuen getragen, die zum Wehrdienst verpflichtet werden. Im 25%-Szenario liegt der Konsumrückgang bei 2,9% für Wehrpflichtige und 0,2% für Nicht-Wehrpflichtige. Im 100%-Szenario ist jeder wehrpflichtig. Der Rückgang des individuellen Konsums ist dabei mit 3,6% genau so groß wie bei der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung in Kapitel 5.3. Mit einem höheren Anteil an Wehrpflichtigen steigen die Staatsausgaben und der Steuersatz kontinuierlich an. Die dadurch entstehenden Kosten beim Konsum werden von Wehrpflichtigen

und Nicht-Wehrpflichtigen gemeinsam getragen. Die Grundlast der Wehrpflicht – ein Jahr für ein niedriges Gehalt arbeiten zu müssen – fällt aber ausschließlich bei den Wehrpflichtigen an. Die volkswirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht sind also sehr ungleich auf die Individuen aufgeteilt. Bei der Marktlösung gibt es dagegen keine Unterschiede innerhalb der Gesellschaft. Die gestiegenen Ausgaben für die Gehälter der zusätzlichen Soldatinnen und Soldaten werden über Steuern von allen Individuen gleichmäßig finanziert. Im 5%-Szenario beträgt der Konsumrückgang 0,1%, im 25%-Szenario 0,7% und im 100%-Szenario 2,6% gegenüber dem Status Quo. Insbesondere bei einem niedrigen Anteil von Wehrpflichtigen ermöglicht eine Marktlösung, dass die Kosten von einem kleinen Teil der Individuen auf die ganze Gesellschaft aufgeteilt werden. Bei einem Wechsel von Wehrpflicht zu einer Marktlösung würde der Konsum für ehemals Wehrpflichtige ansteigen und für Nicht-Wehrpflichtige zurückgehen. Damit ist eine Wehrpflicht insbesondere für jene Personen attraktiv, die nicht selbst davon betroffen sind. Die Kosten für diese sicherheitspolitische Maßnahme würden auf andere Personen bzw. (in der Praxis) andere Alterskohorten ausgelagert. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass auch im 100%-Szenario eine Wehrpflicht gesamtwirtschaftlich teurer als eine Marktlösung ist. Das folgt aus den Verzerrungen bei Berufs- und Bildungsentscheidungen. Da jeder wehrpflichtig ist, werden die Kosten aber zumindest von allen Individuen im gleichen Maße getragen.

Abbildung 7: Veränderung Privater Konsum für Individuen nach Szenario vgl. mit Status Quo (in %)



Quelle: Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Es werden jeweils die individuellen Konsumkosten einer Wehrpflicht sowie einer vergleichbaren Marktlösung gemäß der drei Szenarien aus Kapitel 4 mit dem Status Quo verglichen. Bei einer Wehrpflicht nach dem 5%- und 25%-Szenario gibt es sowohl Wehrpflichtige als auch Nicht-Wehrpflichtige. Im 100%-Szenario sind alle 18-Jährigen wehrpflichtig. Bei der Marktlösung erwirbt die Bundeswehr das zusätzliche Arbeitsvolumen des jeweiligen Szenarios auf dem Markt – also von Individuen, die freiwillig Wehrdienst leisten.

Die Wohlfahrt geht in jedem Szenario und für jede Personengruppe noch einmal stärker als der Konsum zurück (siehe Tab. 4). Für die individuelle Wohlfahrt ist nicht nur der Konsum des produzierten Gutes, sondern auch der Genuss von Freizeit relevant. Den aus der Steuererhöhung resultierenden Einkommensverlust fangen die Individuen dadurch auf, dass sie kurz vor der Rente mehr arbeiten und weniger Freizeit genießen. Dieser Rückgang beim Genuss von Freizeit erklärt,

warum die Wohlfahrt stärker als der Konsum sinkt. Mit Blick auf die Lastenverteilung ergibt sich jedoch das gleiche Bild wie beim Konsum. Erstens reduziert eine Wehrpflicht insbesondere die Wohlfahrt der Wehrpflichtigen. Zweitens verursacht eine Marktlösung weniger Kosten und teilt diese gleichmäßig auf. Der Nettogegenwartswert des Lebenseinkommens geht für Wehrpflichtige mit 5,0% im 5%-Szenario, 5,2% im 25%-Szenario und 6,0% im 100%-Szenario weitaus stärker als Konsum und Wohlfahrt zurück (siehe Tab. 4). Die Begründung dafür ist, dass Wehrpflichtige anfangs ein niedriges Gehalt haben und dies durch mehr Arbeitseinsatz und höhere Gehälter kurz vor der Rente teilweise kompensieren können. Aber die späteren Perioden werden bei der Berechnung des Gegenwartswertes stark diskontiert. Den Konsum können die Wehrpflichtigen zwischen den Zeitperioden harmonisieren, indem sie in jungen Jahren weniger sparen bzw. mehr Kredite aufnehmen und kurz vor der Rente mehr sparen. Das bedeutet aber auch, dass Wehrpflichtige weniger Einkommen aus Kapital aufgrund des geringeren Vermögens erzielen. Das Vermögen geht bei Wehrpflichtigen in allen drei Szenarien um etwa 12% gegenüber dem Status Quo zurück (siehe Tab. 4). Die niedrigen Vermögenswerte folgen einerseits aus dem niedrigen Einkommen aus Arbeit und reduzieren andererseits selbst das Einkommen aus Kapital.

Tabelle 4: Veränderung von Indikatoren über die Lebenszeit nach Szenario vgl. mit Status Quo (in %)

	5% - Szenario			25% - Szenario			100% - Szenario		
	Wehrpflicht		Markt	Wehrpflicht		Markt	Wehrpflicht		Markt
	WP	Nicht-WP	Individuum	WP	Nicht-WP	Individuum	WP	Nicht-WP	Individuum
Privater Konsum	-2,7	0,0	-0,1	-2,9	-0,2	-0,7	-3,6	-	-2,6
Wohlfahrt	-3,3	-0,1	-0,1	-3,6	-0,3	-0,7	-4,4	-	-2,8
NPV-Einkommen	-5,0	-0,1	-0,1	-5,2	-0,3	-0,7	-6,0	-	-2,8
Vermögen	-11,6	-0,1	-0,2	-11,8	-0,4	-0,9	-12,8	-	-3,7

Quelle: Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Für jedes Szenario wird die prozentuale Veränderung der Indikatoren gegenüber dem Status Quo ausgewiesen. „Markt“ steht für Marktlösung, „WP“ steht für Wehrpflichtiger, „Nicht-WP“ steht für Nicht-Wehrpflichtiger. Bei der Marktlösung gibt es keine Unterschiede zwischen Individuen. Im 100%-Szenario sind alle 18-Jährigen wehrpflichtig. Bei der Betrachtung von Indikatoren über die Lebenszeit ist also jeder Wehrpflichtiger gewesen. Entsprechend werden keine Werte für „Nicht-WP“ ausgewiesen. Für Privaten Konsum, Wohlfahrt und Vermögen werden die Differenzen zwischen den über die Lebenszeit akkumulierten Werten in den Szenarien gegenüber dem Status Quo gebildet. Das ist zum Beispiel beim Privaten Konsum identisch zu einem Vergleich des durchschnittlichen Konsums eines Individuums über seine ganze Lebenszeit zwischen den Szenarien und dem Status Quo. NPV-Einkommen erfasst den Nettogegenwartswert („net present value“) des Einkommens aus Arbeit und Vermögen. Dabei wird das Einkommen stärker diskontiert, wenn es später anfällt. Für das NPV-Einkommen wird die Differenz zwischen dem Nettogegenwartswert des Einkommens in den Szenarien gegenüber dem Status Quo ausgewiesen.

5.5 Grenzen der Modellierung

Das Modell hat mehrere Einschränkungen. Erstens modellieren wir den Anstieg der Verteidigungsausgaben ausschließlich basierend auf den Gehaltskosten der zusätzlichen Soldatinnen und Soldaten. Da die Gehälter bei einer Marktlösung höher als bei einer Wehrpflicht sind, steigen die Staatsausgaben und damit auch der Steuersatz bei der Marktlösung stärker an. Die zusätzlichen Soldatinnen und Soldaten müssten aber in beiden Fällen auch ausgewählt, verwaltet, untergebracht, ausgestattet und ausgebildet werden. Die damit einhergehenden Kosten werden im Kapitel 6 ausgeführt, aber nicht im Modell berücksichtigt. Für die Finanzierung wäre eine weitere Erhöhung des Steuersatzes auf Arbeitseinkommen notwendig. Insofern dürften die wirklichen volkswirtschaftlichen Kosten noch einmal über unseren Berechnungen liegen.

Zweitens gehen wir davon aus, dass die höheren Staatsausgaben für den Ausbau der Bundeswehr durch zusätzliche Steuern auf das Arbeitseinkommen finanziert werden. In der Praxis könnte der Staat auch den Haushalt konsolidieren und Ausgaben in anderen Bereichen kürzen. Für eine Übergangszeit wäre auch eine Finanzierung über Schulden möglich. Im Rahmen des Gleichgewichtsmodells müsste aber im Anschluss der Steuersatz dauerhaft höher sein, um die Zinszahlungen auf die neuen Schulden zu finanzieren.

Drittens wird im Modell angenommen, dass im Rahmen des Wehrdiensts kein Humankapital aufgebaut wird. Gleiches gilt aber auch für den zivilen Arbeitsmarkt. Humankapital wird im Modell ausschließlich durch Lernen aufgebaut und erhalten. In der Praxis dürfte der Wehrdienst jedoch für viele Personen mit dem Erwerb von Fähigkeiten einhergehen, die auch auf dem zivilen Arbeitsmarkt geschätzt werden. Es ist allerdings schwer vorstellbar, dass dies für alle Personen, Industrien und Karrierepfade im gleichen Umfang erfolgt. In unserem Modell sind alle Individuen vor einer möglichen Wehrpflicht identisch. Eine Erweiterung des Modells könnte so aussehen, dass Individuen unterschiedliche Fähigkeiten haben, diese Fähigkeiten in einem unterschiedlichen Maße für Berufe im Privatsektor und bei der Bundeswehr benötigt werden und bestimmte Fähigkeiten im Rahmen eines Wehrdienstes ausgebaut werden. In einem solchen Modell dürften die Vorteile einer Marktlösung gegenüber einer Wehrpflicht noch deutlicher werden. Dann würden nämlich besonders jene Individuen freiwillig einen Wehrdienst ableisten, die sich dadurch einen Ausbau ihrer Fähigkeiten und damit verknüpft Vorteile auf dem Arbeitsmarkt versprechen. Statt aber starke Annahmen über die Wirkung des Wehrdienstes auf Humankapital für verschiedene Personengruppe zu treffen, wird dieser Aspekt bewusst aus dem Modell ausgeklammert.

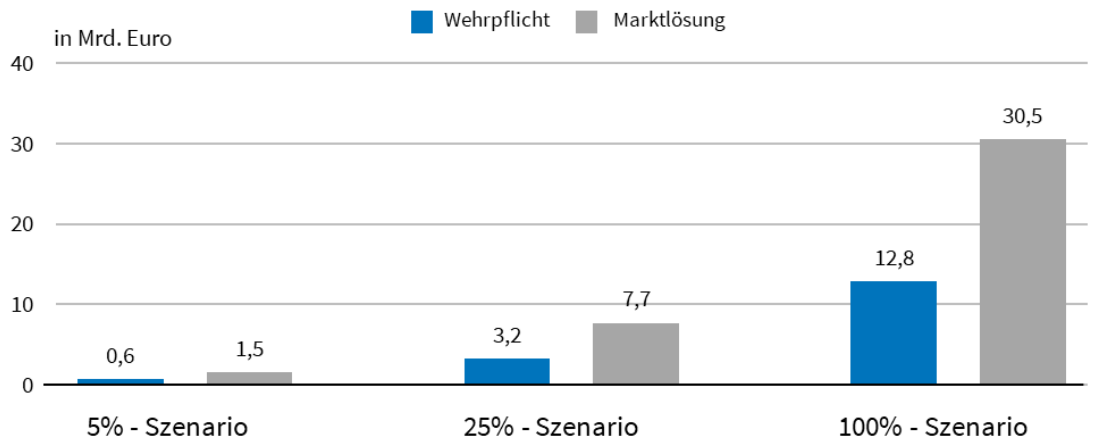
Viertens nehmen wir an, dass Individuen uneingeschränkt Kredite aufnehmen können. Die jungen Alterskohorten nehmen im Modell Kredite auf, die sie mit dem zu einem späteren Zeitpunkt höheren Einkommen zurückzahlen. Würde das Modell so angepasst, dass Individuen sich nicht verschulden dürfen, dann würden sie anfangs mehr arbeiten und weniger lernen. Lau et al. (2004) zeigen, dass die volkswirtschaftlichen Kosten einer Wehrpflicht im angepassten Modell qualitativ ähnlich bleiben. Sie tun dies für eine geschlossene Volkswirtschaft.

Fünftens modellieren wir Deutschland als eine offene Volkswirtschaft. Bei der Modellierung einer offenen Volkswirtschaft ist Kapital international uneingeschränkt mobil, so dass das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit konstant bleibt. Die Höhe des physischen Kapitalstocks folgt aus dem Arbeitsangebot der Individuen. In dem betrachteten Gleichgewicht entsprechen die Investitionen den Abschreibungen und sind proportional zum Kapitalstock. Die Höhe der Ersparnisse hat in einer offenen Volkswirtschaft also keinen Einfluss auf den heimischen Kapitalstock und die Investitionen. So führt der verzögerte Vermögensaufbau der Wehrpflichtigen (d.h. weniger Ersparnisse) in einer offenen Volkswirtschaft nicht zu einem Rückgang der Investitionen, da ausreichend ausländisches Kapital in die Wirtschaft fließt. Würde stattdessen eine geschlossene Volkswirtschaft modelliert, so würde der physische Kapitalstock ausschließlich auf den Ersparnissen der Individuen innerhalb der Volkswirtschaft basieren. In Folge des verzögerten Vermögensaufbaus von Wehrpflichtigen würden diese Ersparnisse und damit der Kapitalstock zurückgehen. In einer geschlossenen Volkswirtschaft hätte eine Wehrpflicht also deutlich negativere Auswirkungen auf den Kapitalstock und die Investitionen. Dagegen sind die Ersparnisse bei einer Marktlösung weniger stark betroffen, so dass hier die Modellierung als geschlossene Volkwirtschaft weniger Folgen hätte. Die Berechnungen stellen also eine Untergrenze dar. Im Fall einer Modellierung als geschlossene statt als offene Volkswirtschaft ist davon auszugehen, dass der Rückgang der Investitionen bei einer Wehrpflicht stärker als bei einer Marktlösung ist, so dass die relativen Unterschiede bei Investitionen in Tabelle 2 nicht überinterpretiert werden sollten. In der Realität ist Deutschland keine vollständig offene Volkswirtschaft. Heimische Sparentscheidungen beeinflussen den heimischen Kapitalstock zu einem gewissen Grad. Die Einführung einer Wehrpflicht hätte in der Praxis also negativere Auswirkungen auf den Kapitalstock und die Investitionen als in unserem Modell der offenen Volkswirtschaft. Die weiteren Mechanismen unseres Modells einer offenen Volkswirtschaft bestehen auch in einer geschlossenen Volkswirtschaft, so dass die qualitativen Schlussfolgerungen bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Kosten unverändert blieben. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten wären allerdings höher und eine Wehrpflicht wäre relativ zu einer Marktlösung noch unattraktiver.

6 Direkte Kosten für den Staatshaushalt

Sowohl eine Wehrpflicht als auch eine vergleichbare Marktlösung müssen finanziert werden. Beide erfordern, dass die Staatsausgaben steigen. In unserem Modell beschränkt sich die Steigerung der Staatsausgaben auf die Finanzierung der Gehälter von Wehrdienstleistenden. Bei einer Wehrpflicht können relativ niedrige Gehälter gezahlt werden, da die Teilnahme am Wehrdienst über die Pflicht sichergestellt ist. In Folge der niedrigen Gehälter finanzieren die Wehrpflichtigen quasi einen großen Teil der Wehrpflicht selbst. Für den Staat bedeuten die niedrigen Gehälter, dass der Haushalt weniger belastet wird und die Steuern nicht so stark steigen müssen. Je nach Szenario einer Wehrpflicht würden die jährlichen Staatsausgaben im Modell (d.h. nur durch die Gehälter der Wehrdienstleistenden) zwischen 0,6 und 12,8 Mrd. Euro steigen (siehe Abb. 8).[28] Im Gegensatz dazu müssen bei der Marktlösung adäquate Gehälter an die Wehrdienstleistenden gezahlt werden, so dass diese bereit sind, einer Tätigkeit bei der Bundeswehr, statt in der Privatwirtschaft nachzugehen. Mit Werten zwischen 1,5 und 30,5 Mrd. Euro wären die Steigerungen der jährlichen Staatsausgaben bei einer Marktlösung jeweils um den Faktor 2,4 höher als bei einer Wehrpflicht. Aus staatlicher Sicht mag das attraktiv wirken. Die wirtschaftlichen Verwerfungen in Folge einer Wehrpflicht sind jedoch so groß, dass aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger die Marktlösung einen *geringeren* Verlust bei Konsum, Wohlfahrt und Einkommen verursacht (siehe Kapitel 5).

Abbildung 8: Anstieg Staatsausgaben für Gehälter an Wehrdienstleistende nach Szenario (in Mrd. Euro)



Quelle: Eigene Berechnungen.
Anmerkung: Es werden jeweils die Staatsausgaben bei einer Wehrpflicht sowie bei einer vergleichbaren Marktlösung gemäß der drei Szenarien aus Kapitel 4 mit dem Status Quo verglichen. Die Veränderung der Staatsausgaben wird ohne jenen Anteil der Gehaltszahlung an Wehrdienstleistende berechnet, der über die Einkommenssteuer direkt an den Staat zurückgeht.

[28] Werden die staatlichen Mehrausgaben direkt über eine Multiplikation der Netto-Gehälter von Wehrpflichtigen mit der Anzahl der Wehrpflichtigen in jedem Szenario ermittelt, so sind die Werte um ein Viertel niedriger. Das ist damit zu erklären, dass in Deutschland junge Alterskohorten kleiner sind als ältere Alterskohorten. In unserem Modell sind alle Alterskohorten aber gleich groß, wodurch die ermittelten Kosten geringfügig höher sind.

Darüber hinaus ist mit weiteren Kosten für den Staatshaushalt zu rechnen, die im Rahmen von (1) Auswahl, (2) Verwaltung, (3) Unterbringung, (4) Ausbildung und (5) Ausstattung der Wehrdienstleistenden anfallen. Praktisch würde es bei einer Marktlösung nicht ausreichen, dass attraktive Gehälter gezahlt werden. Der Wehrdienst selbst müsste auch attraktiv gestaltet sein, damit die Wehrdienstleistenden sich erst freiwillig melden und dann auch für die Dienstzeit bei der Bundeswehr verbleiben. Theoretisch ist das bei einer Wehrpflicht nicht notwendig. Allerdings ist es schwer vorstellbar, dass junge Menschen aus sicherheitspolitischen Überlegungen zu einem einjährigen Dienst verpflichtet und dabei dann nicht optimal ausgebildet werden.[29] Die Kosten für den Staatshaushalt hängen jeweils erheblich von der konkreten Ausgestaltung des Wehrdienstes ab. Auch nach der Ankündigung des Verteidigungsministers Pistorius, den Freiwilligen Wehrdienst als kurzfristige und schnell zu implementierende Maßnahme um 5.000 Personen auszuweiten, bleibt offen, ob und in welcher Form es in der nächsten Legislaturperiode eine Wehrpflicht bzw. eine umfassendere Anpassung beim Freiwilligen Wehrdienst geben soll. Erst wenn diese Fragen geklärt sind, kann die militärische Planung der Bundeswehr aktualisiert werden und darauf aufbauend die Ausgestaltung des Wehrdienstes durch die Militärs beginnen. Insofern können zum aktuellen Zeitpunkt die über das Gehalt hinausgehenden Kosten für den Staatshaushalt noch nicht seriös quantifiziert werden. Allerdings werden im Folgenden jene fünf Bereiche skizziert, in denen Kosten anfallen werden.

(1) Bereits die Auswahl der Wehrdienstleistenden verursacht Kosten. Die im Jahr 2012 abgeschafften 52 Kreiswehrersatzämter mit etwa 4.100 Dienstposten waren primär für die Auswahl zuständig (Bundestag, 2023b). Zwar könnte der Versuch unternommen werden, eine modernere und effizientere Struktur zu schaffen, doch lässt der historische Personalumfang vermuten, dass auch heute erhebliche personelle Ressourcen notwendig sein werden. Zudem ist davon auszugehen, dass zivile Ärztinnen und Ärzte bei der Tauglichkeitsprüfung unterstützen und dafür entlohnt werden müssten. Darüber hinaus durchlaufen seit dem Jahr 2017 alle Wehrdienstleistenden eine Sicherheitsüberprüfung durch das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD). Bei insgesamt 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konnten im Jahr 2022 etwa 58 Tsd. Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt werden (BMI, 2023; BAMAD, 2022). Da auch im weiteren Aufgabenspektrum des BAMAD mit Mehrbelastungen zu rechnen ist, dürfte eine erhebliche personelle Aufstockung für die Überprüfung der Wehrdienstleistenden notwendig werden. Der Erfolg des Wehrdienstes und die Abbruchquote (bei Freiwilligkeit) würden im erheblichen Maße davon abhängen, ob es den sogenannten Einplanern gelingt, die Bedarfe der Einheiten mit den Wünschen der Wehrdienstleistenden zu verbinden. Da es sich um eine zentrale Rolle im Prozess handelt, könnten auch hier erhebliche personelle Aufwüchse notwendig werden.

[29] Bei einer Marktlösung dürfte es eher möglich sein, die Dauer des Wehrdienstes an die Ausbildungsziele der einzelnen Wehrdienstleistenden anzupassen und so eine höhere Effizienz der Ausbildung zu erreichen.

(2) Zum historischen Personalbedarf bei der Verwaltung der Wehrpflichtigen liegen heute keine Informationen mehr vor (Bundestag, 2023b). Grundsätzlich müssten aber weder die alten Strukturen repliziert noch die bestehenden Strukturen skaliert werden. Ein Großteil der Verwaltung sollte heute digital und automatisiert erfolgen können. Es ist sogar vorstellbar, dass mit neuen Lösungen für die Verwaltung der zusätzlichen Wehrdienstleistenden ein Digitalisierungsschub und/oder ein Bürokratieabbau angestoßen wird, der die bestehenden Strukturen der Bundeswehr verändert. Allerdings sind dafür zunächst einmal finanzielle und personelle Investitionen notwendig.

(3) Für die Unterbringung der Wehrdienstleistenden ist im ersten Schritt zu prüfen, inwieweit und wo die bestehenden Unterkünfte der Bundeswehr nicht vollständig ausgelastet sind und ob zum Beispiel leerstehende Gebäude mit relativ geringen Mitteln renoviert bzw. saniert werden könnten. Darüber hinaus darf auch die weitere Infrastruktur z.B. Schieß- und Sportanlagen, Truppenküchen, Sanitätswesen, etc. nicht vollständig ausgelastet sein bzw. muss erweitert werden können. Das ist im zweiten Schritt mit der konkreten Ausbildungsgestaltung in Einklang zu bringen. Dafür ist die Frage zu beantworten, ob die (Grund-)Ausbildung der Wehrpflichtigen an spezialisierten zentralen Orten im großen Umfang oder an vielen dezentralen Orten fragmentiert aber heimatnah stattfinden soll.

(4) Mit Blick auf die Ausbildung ist zudem zu beantworten, welche Fähigkeiten die Wehrdienstleistenden erlernen und in einem möglichen Kriegsfall in die Bundeswehr einbringen sollen. Nach einer dreimonatigen Grundausbildung stünde bei einem zwölfmonatigen Dienst noch ausreichend Zeit für eine militärfachliche Ausbildung zur Verfügung. Das wäre aus Sicht der Bundeswehr besonders attraktiv, wenn diese Fähigkeiten auch nach dem Ausscheiden über Reserveübungen erhalten blieben. Im Rahmen der militärfachlichen Ausbildung könnten ebenso Qualifikationen erworben werden, die auch auf dem zivilen Arbeitsmarkt nachgefragt sind. Aus der Zielsetzung der militärfachlichen Ausbildung ließe sich ableiten, wie viele Ausbilderinnen und Ausbilder, mit welchen Fähigkeiten und welchen Ausbildungsmitteln notwendig sind.

(5) Wenn die zusätzlichen Wehrdienstleistenden über die Personalgewinnung für die Bundeswehr hinaus eine sicherheitspolitische Bedeutung haben sollen, dann sind sie adäquat auszustatten. Das beginnt bei der persönlichen Schutzausrüstung, Gewehr und Pistole sowie Verbandsmaterial und Munition. Sollen die Wehrdienstleistenden (bzw. die Reservistinnen und Reservisten) in einem Kriegsfall eingesetzt werden können, so sind die Unterstützungsfunktionen wie Logistik und Sanität im notwendigen Maße zu steigern. Für einen optimalen Einsatz der personellen Reserve müsste auch eine materielle Reserve in Depots aufgebaut werden. Aber die heutige Materialausstattung der Bundeswehr reicht schon für die bestehende Struktur nicht aus. Im Jahr 2022 sagte der Inspekteur des Heeres, dass die Bundeswehr „mehr oder weniger blank dastehe“, und wies ein Jahr später darauf hin, dass das Sondervermögen nicht für eine Vollausstattung reiche (Tagesschau, 2023). Aktuell fehlen zum Beispiel 6 bis 9 Mrd. Euro für militärisches Gerät, das bei der Litauen-Brigade eingesetzt werden soll (Decker, 2024). Insofern ist fraglich, wie

die Kosten für das zusätzliche militärische Gerät bei einer Wehrpflicht bzw. Marktlösung neben den ganzen weiteren Kosten zu stemmen wären, wenn bis heute nicht einmal ausreichend Gelder für die Vollausstattung der Bundeswehr in ihrer aktuellen Form aufgebracht werden können.

7 Schlussfolgerungen

Nach dem vollumfänglichen Angriff Russlands auf die Ukraine im Jahr 2022 hat die deutsche Bundesregierung eine Zeitenwende ausgerufen. Deutschland soll wieder kriegstüchtig werden. Dafür wurden bereits einige sicherheitspolitische Maßnahmen eingeleitet. Auch mit Hilfe des 100 Mrd. Euro Sondervermögens wird zum ersten Mal seit drei Jahrzehnten mehr als zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgegeben. Die so getätigten Investitionen leisten einen Beitrag zur Modernisierung der Bundeswehr. Mit der Stationierung einer Brigade in Litauen engagiert sich Deutschland im Rahmen der konventionellen Abschreckung an der NATO-Ostgrenze. Auch die milliardenschwere militärische Unterstützung für die Ukraine dient der deutschen Sicherheit. Fraglich ist jedoch, ob diese Maßnahmen angesichts des jahrzehntelangen Sparkurses bei der Bundeswehr im aktuellen sicherheitspolitischen Umfeld ausreichen. Eine diskutierte Maßnahme ist die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Mit ihr wird die Hoffnung verbunden, die personellen Engpässe der Bundeswehr zu überwinden, die gesellschaftliche Resilienz zu erhöhen und eine Aufwuchsfähigkeit für den Konfliktfall zu garantieren. Dieser Bericht ermöglicht durch die Berechnung der volkswirtschaftlichen Kosten verschiedener Szenarien einer Wehrpflicht, eine Abwägung gegenüber anderen sicherheitspolitischen Maßnahmen vorzunehmen.

Auf den ersten Blick scheint eine Wehrpflicht relativ günstig. Je nach Szenario würden die Staatsausgaben zwischen einer Mrd. Euro (5%-Szenario) und 13 Mrd. Euro (100%-Szenario) steigen.[30] Das wäre im Modell über Steuererhöhungen zu finanzieren. Da die Gehälter der Wehrpflichtigen niedrig sind, bliebe das Ausmaß der Steuererhöhungen jedoch relativ gering. Bei einer Marktlösung müsste im Kontrast ein Anstieg der Staatsausgaben zwischen zwei Mrd. Euro (5%-Szenario) und 31 Mrd. Euro (100%-Szenario) finanziert werden. Bei der Marktlösung würden die Wehrdienstleistenden adäquat bezahlt werden, was mit höheren Kosten für den Staat einhergeht. Das bedeutet aber auch, dass die relativ geringe Belastung des Staatshaushalts bei einer Wehrpflicht auf die niedrigen Gehälter für die Wehrpflichtigen zurückzuführen ist. Die Wehrpflichtigen tragen in ihren jungen Jahren die Hauptlast der Wehrpflicht. Die Kombination aus niedrigen Gehältern und der Verpflichtung für ein Jahr führt dazu, dass Wehrpflichtige erst später mit Bildungsinvestitionen und Vermögensaufbau beginnen können. Das hat drastische Folgen für die gesamte Wirtschaft. Unser Modell quantifiziert den Rückgang des privaten Konsums in Folge der Wiedereinführung einer Wehrpflicht auf vier Mrd. Euro im 5%-Szenario, 20 Mrd. Euro im 25%-Szenario und 79 Mrd. Euro im 100%-Szenario. Bei einer Marktlösung würde der Rückgang mit drei Mrd. Euro im 5%-Szenario, 14 Mrd. Euro im 25%-Szenario und 56 Mrd. Euro im 100%-Szenario zwar deutlich geringer ausfallen – würde aber weiterhin eine nicht unerhebliche Belastung darstellen.

Auch mit Blick auf eine gerechte Lastenverteilung bietet eine Marktlösung Vorteile gegenüber einer Wehrpflicht. Die sogenannte Wehrgerechtigkeit spielt in der deutschen Debatte über eine

[30] Wenn im Rahmen einer präziseren Ausgestaltung des Wehrdienstes klarer wird, in welchem Umfang die im Kapitel 6 aufgeführten Kosten anfallen würden, stiegen die Staatsausgaben sowohl bei einer Wehrpflicht als auch in der Marktlösung stärker an.

Wehrpflicht eine zentrale Rolle. Die Grundidee ist, Lasten für staatliche Aufgaben gerecht zu verteilen. Bei allen Modellen einer Wehrpflicht, bei der nicht jedes Individuum einer Alterskohorte eingezogen wird, gibt es jeweils Wehrpflichtige und Nicht-Wehrpflichtige. Unser Bericht zeigt, dass die ökonomischen Kosten für die Wehrpflichtigen gegenüber den Nicht-Wehrpflichtigen erheblich sind. Wehrpflichtige verzeichnen im Vergleich zu Nicht-Wehrpflichtigen über das Leben betrachtet einen stärkeren Rückgang bei Konsum (-3 pp.), Wohlfahrt (-3 pp.), Einkommen (-5 pp.), durchschnittlichem Vermögen (-11 pp.) und Vermögen bei Renteneintritt (-6 pp.), wenn eines der Szenarien im Rahmen einer Wehrpflicht umgesetzt wird. Diese Ergebnisse werden von der empirischen Literatur bestätigt: Wenn Wehrpflichtige und Nicht-Wehrpflichtige die gleichen Eigenschaften aufweisen, dann hat die Wehrpflicht häufig einen negativen Einfluss auf das Gehalt. Eine mögliche Erklärung in der empirischen Literatur ist, dass Wehrpflichtige seltener Hochschulabschlüsse erwerben. Im Kontrast zur Wehrpflicht werden bei einer Marktlösung die Kosten der sicherheitspolitischen Maßnahme gleichmäßig auf die Individuen einer Gesellschaft aufgeteilt.

Zu den sicherheitspolitischen Vor- und Nachteilen einer Erhöhung des militärischen Personals im Rahmen der drei Szenarien werden in diesem Bericht keine Aussagen getroffen. Kommen Politik, Militärs und Gesellschaft zum Ergebnis, dass sie die mit einer Erhöhung der Anzahl der Soldatinnen und Soldaten einhergehenden sicherheitspolitischen Veränderungen für erstrebenswert halten, kommt der Bericht jedoch zu einer klaren Aussage: Gegenüber einer Wehrpflicht ist eine Marktlösung, die im gleichen Maße die militärischen Fähigkeiten ausweitet, aus gesamtwirtschaftlicher Sicht kostengünstiger. Aktuell fehlen der Bundeswehr bereits etwa 20 Tsd. Soldatinnen und Soldaten. Zudem zeigt die Debatte über eine Wehrpflicht, dass der existierende Freiwillige Wehrdienst nicht ausreichend nachgefragt wird. Entsprechend scheint unter den aktuellen Bedingungen eine Marktlösung für die Anstellung weiterer Soldatinnen und Soldaten auf den ersten Blick für Deutschland nicht praktikabel. Die Bundeswehr müsste dafür als Arbeitgeber attraktiver werden - insbesondere auch für Frauen. Ein Bestandteil kann sein, dass die Bundeswehr höhere Gehälter zahlt. Im Modell ist das ausreichend, in der Realität werden viele weitere Ansprüche an einen attraktiven Arbeitgeber gestellt. In unserem Modell gelingt der Aufwuchs der Bundeswehr bei der Marktlösung zudem nicht nur über die jungen Alterskohorten, sondern basiert auf der Nutzung des Arbeitsangebots sämtlicher Alterskohorten. In der Praxis würde dies bedeuten, dass die Bundeswehr mehr Wege für Ungediente zum Seiteneinstieg schafft, ausscheidende Soldatinnen und Soldaten erfolgreicher in die Grundbeorderung überführt und die nicht beorderten Reservistinnen und Reservisten besser in Übung hält. Insbesondere bei der Reserve schöpft die Bundeswehr bestehende Potentiale nicht ausreichend aus. Zum Beispiel können seit dem Jahr 2021 ausscheidende Soldatinnen und Soldaten im Rahmen einer Grundbeorderung für sechs Jahre in der Reserve eingeplant werden. Seitdem haben 34 Tsd. geeignete Soldatinnen und Soldaten die Bundeswehr verlassen, von denen aber nur 32% grundbeordert wurden (Bundestag, 2024). Mit Blick auf die jungen Alterskohorten dürften alle Maßnahmen helfen, die einen niederschwelligen Austausch mit der Bundeswehr fördern. Das in anderen Ländern praktizierte und nun für Deutschland vorgesehene Modell des verpflichtenden Ausfüllens eines Fragebogens zum

18. Geburtstag sowie der Einladung der fähigsten und motiviertesten jungen Menschen zur Musterung kann auch ohne Wehrpflicht die Bereitschaft zum Dienst in der Bundeswehr steigern.

Literaturverzeichnis

Angrist, J. D. (1990). Lifetime earnings and the Vietnam era draft lottery: evidence from social security administrative records. *American Economic Review*, 313-336.

Angrist, J. D., & Chen, S. H. (2011). Schooling and the Vietnam-era GI Bill: Evidence from the draft lottery. *American Economic Journal: Applied Economics*, *3*(2), 96-118.

Angrist, J. D., Chen, S. H., & Song, J. (2011). Long-term consequences of Vietnam-era conscription: New estimates using social security data. *American Economic Review*, *101*(3), 334-338.

Angrist, J., & Krueger, A. B. (1994). Why do World War II veterans earn more than nonveterans?. *Journal of Labor Economics*, *12*(1), 74-97.

Bauer, T. K., Bender, S., Paloyo, A. R., & Schmidt, C. M. (2012). Evaluating the labor-market effects of compulsory military service. *European Economic Review*, *56*(4), 814-829.

Bauer, T. K., Bender, S., Paloyo, A. R., & Schmidt, C. M. (2014). Do guns displace books? The impact of compulsory military service on educational attainment. *Economics Letters*, *124*(3), 513-515.

Bingley, P., Lundborg, P., & Lyk-Jensen, S. V. (2020). The opportunity costs of mandatory military service: Evidence from a draft lottery. *Journal of Labor Economics*, *38*(1), 39-66.

Bundesamt für den Militärischen Abwehrdienst (BAMAD) (2022). MAD-Report. Bericht des Militärischen Abschirmdienstes für die Jahre 2021 und 2022.

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) (2012). Einberufungen zum Zivildienst, verfügbar unter: *https://www.bundesfreiwilligendienst.de/fileadmin/de.bundesfreiwilligendienst/content.de/Service_Menue_Kopf/Presse/Statistiken/Zahl_der_Einberufungen_Stand_2012.pdf*, aufgerufen am 05. Juni 2024.

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) (2024). Der Bundesfreiwilligendienst von A bis Z. Taschengeld, verfügbar unter: *https://www.bundesfreiwilligendienst.de/bundesfreiwilligendienst/a-bis-z*, aufgerufen am 11. Juni 2024.

Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPers) (2024). Berufsförderungsdienst. SaZ<4 und FWDL.

Bundesgesetzblatt (2015). Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr. Vom 13. Mai 2015. *Jahrgang 2015 Teil I Nr. 19*, ausgegeben zu Bonn am 22. Mai 2015.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (2024). Ausländische Bevölkerung (1970-2022), verfügbar unter: *https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/B39-Auslaendische-Bevoelkerung-ab-1970.html*, aufgerufen am 05. Juni 2024.

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (2023). Verordnung über die Laufbahnen der Soldatinnen und Soldaten. Geändert durch Art. 6 Abs. 1 G v. 20.12.2023 I Nr. 392.

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (2024). Der „Neue Wehrdienst“: Pistorius setzt auf Auswahl und Freiwilligkeit, verfügbar unter: *https://www.bmvg.de/de/aktuelles/minister-pistorius-stellt-neuen-wehrdienst-vor-5791920*, aufgerufen am 16. Juni 2024.

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (2023). Verfassungsschutzbericht 2022.

Bundestag (2009). Antwort der Bundesregierung vom 26. März 2009 zur Umsetzung der Wehrpflicht im Jahr 2008. *Drucksache 16/12522*.

Bundestag (2018). Sachstand zur Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr im Kalten Krieg, in der Nachwendezeit und nach Aussetzung der Wehrpflicht. *WD 2 – 3000 – 032/18*.

Bundestag (2020). Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten zum Jahresbericht 2019. *Drucksache 19/16500*.

Bundestag (2023a). Allgemeine Dienstpflicht. *WD 3 - 3000 - 031/23*.

Bundestag (2023b). Antwort der Bundesregierung vom 06. Februar 2023 zu möglichen Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 auf die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. *Drucksache 20/5518*.

Bundestag (2024). Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte zum Jahresbericht 2023. *Drucksache 20/10500*.

Card, D., & Cardoso, A. R. (2012). Can compulsory military service raise civilian wages? Evidence from the peacetime draft in Portugal. *American Economic Journal: Applied Economics*, *4*(4), 57-93.

Card, D., & Lemieux, T. (2001). Can falling supply explain the rising return to college for younger men? A cohort-based analysis. *Quarterly Journal of Economics*, *116*(2), 705-746.

Cipollone, P., & Rosolia, A. (2007). Social interactions in high school: Lessons from an earthquake. *American Economic Review*, *97*(3), 948-965.

Dänisches Verteidigungsministerium (2024). Conscripts, 24. Mai 2024, verfügbar unter: *https://www.forpers.dk/da/hr-i-tal/varnepligtige/*, aufgerufen am 05. Juni 2024.

Decker, M. (2024). Litauen-Brigade verursacht Milliarden-Kosten – Und Politischen Streit, *RND*, 26. April 2024, verfügbar unter: *https://www.rnd.de/politik/litauen-brigade-verursacht-milliarden-kosten-und-politischen-streit-BE2BMF5QUJHUZA7L7WESEC6CGI.html*, aufgerufen am 06. Juni 2024.

Demografieportal (2024). Altersstruktur der Bevölkerung, verfügbar unter: *https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/bevoelkerung-altersstruktur.html*, aufgerufen am 05. Juni 2024.

Deutsche Rentenversicherung (2024): Wann kann ich in Rente gehen?, verfügbar unter: *https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Rente/Kurz-vor-der-Rente/Wann-kann-ich-in-Rente-gehen/Wann-kann-ich-in-Rente-gehen_detailseite*, aufgerufen am 05. Juni 2024.

Diamond, P. (1965). National debt in a neoclassical growth model. *American economic review*, 55(5), 1126-1150.

Dorn, F., Fuest, C., Potrafke, N. & Schlepper, M. (2022). Sind wir noch bedingt abwehrbereit? Die Entwicklung der deutschen Verteidigungsfähigkeit seit Ende des Kalten Krieges. *ifo Schnelldienst Sonderausgabe April*, 46–52.

Dorn, F., Potrafke, N. & Schlepper, M. (2024). European Defence Spending in 2024 and Beyond: How to Provide Security in an Economically Challenging Environment. *EconPol Policy Report 45*.

Europäisches Büro für Kriegsdienstverweigerer (2024). Annual Report 2023/24.

Eurostat (2024a). General government expenditure by function (COFOG), verfügbar unter: *https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/gov_10a_exp/default/table?lang=en*, aufgerufen am 06. Juni 2024.

Eurostat (2024b). Annual net earnings, verfügbar unter: *https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/earn_nt_net/default/table?lang=en*, aufgerufen am 06. Juni 2024.

Friedman, M. (1974), “Why Not a Voluntary Army?”, in J. O’Sullivan and A. M. Meckler, eds., *The Draft and Its Enemies: A Documentary History, University of Illinois Press, Chicago/Urbana, 253–63.*

Gady, F. (2023). »For Europe, Military Conscription Is No Answer to Russia’s War«, *Foreign Policy*, 14. Februar 2023, verfügbar unter: https://foreignpolicy.com/2023/02/14/europe-nato-military-russia-war-ukraine-conscription-draft-reserves-training-manpower/, aufgerufen am 05. Juni 2024.

Graf, T. (2024). Was bleibt von der Zeitenwende in den Köpfen? Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2023. *Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Forschungsbericht 136.*

Grenet, J., Hart, R. A., & Roberts, J. E. (2011). Above and beyond the call. Long-term real earnings effects of British male military conscription in the post-war years. *Labour Economics*, *18*(2), 194-204.

Groh, K. (2024). Wehrpflicht – demnächst auch für Frauen?, *Verfassungsblog*, 08. März 2024, verfügbar unter: *https://verfassungsblog.de/wehrpflicht-demnachst-auch-fur-frauen/*, aufgerufen am 05. Juni 2024.

Hjalmarsson, R., & Lindquist, M. J. (2019). The causal effect of military conscription on crime. *The Economic Journal*, *129*(622), 2522-2562.

Hubers, F., & Webbink, D. (2015). The long-term effects of military conscription on educational attainment and wages. *IZA Journal of Labor Economics*, *4*, 1-16.

Imbens, G., & Klaauw, W. V. D. (1995). Evaluating the Cost of Conscription in the Netherlands. *Journal of Business & Economic Statistics*, *13*(2), 207-215.

Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen (IAQ) (2024). Einkommensteuertarif: Grenz- und Durchschnittsteuersatz 2024, verfügbar unter: *https://www.sozialpolitik-aktuell.de/finanzierung-datensammlung.html*, aufgerufen am 17.06. 2024.

International Institute for Strategic Studies (IISS) (2024). The Military Balance 1985-2024.

Internationaler Währungsfonds (IWF) (2024). World Economic Outlook Database, verfügbar unter: *https://www.imf.org/en/Publications/WEO/weo-database/2024/April*, aufgerufen am 05. Juni 2024.

Keller, K., Poutvaara, P., & Wagener, A. (2009). Military draft and economic growth in OECD countries. *Defence and Peace Economics*, *20*(5), 373-393.

Keller, K., Poutvaara, P., & Wagener, A. (2010). Does a military draft discourage enrollment in higher education?. *FinanzArchiv/Public Finance Analysis*, 97-120.

Lau, M. I., Poutvaara, P., & Wagener, A. (2004). Dynamic costs of the draft. *German Economic Review*, *5*(4), 381-406.

Liebig, A. (2024). Sachbezugswerte 2024, verfügbar unter: *https://www.lohn-info.de/sachbezugswerte_2024.html*, aufgerufen am 13. Juni 2024.

Lohse, T., Börger, T., Meyerhoff, J., Qari, S. (2023). Der Wert von Sicherheit und nationaler Verteidigung. *Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 103 (6), 394–399.*

Maurin, E., & Xenogiani, T. (2007). Demand for education and labor market outcomes: lessons from the abolition of compulsory conscription in France. *Journal of Human resources*, *42*(4), 795-819.

NATO (2024). Defence expenditures and NATO's 2% guideline 1985-2023, verfügbar unter: *https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_49198.htm*, aufgerufen am 05. Juni 2024.

Poutvaara, P., & Wagener, A. (2007). To draft or not to draft? Inefficiency, generational incidence, and political economy of military conscription. *European Journal of Political Economy*, *23*(4), 975-987.

Savcic, Ruzica, Nikolaos Theodoropoulos, and Dimitrios Xefteris. "Conscription and educational outcomes." *Journal of Population Economics* 36.4 (2023): 2799-2824.

Siebenhaar, A. (2024). Deutliche Mehrheit für Rückkehr der Wehrpflicht, *MDR*, 06. Mai 2024, verfügbar unter: *https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/mdrfragt-umfrage-ergebnisse-wehrpflicht-100.html*, aufgerufen am 05. Juni 2024.

Smith, A. (1776), An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, nachgedruckt in W. B. Todd, ed., (1976), *Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith, vol. I, Oxford University Press, Oxford*.

Sorgenfrey, A. (2024). Umfrage zur Bundeswehr: Mehrheit will die Wehrpflicht zurück, *NDR*, 04. März 2024, verfügbar unter: *https://www.ndr.de/ndrfragt/Umfrage-zur-Bundeswehr-Mehrheit-will-die-Wehrpflicht-zurueck,wehrpflicht186.html*, aufgerufen am 05. Juni 2024.

Stern (2024). Wehrbeauftragte Högl: Pflicht beim Wehrdienst unausweichlich, verfügbar unter: *https://www.stern.de/politik/deutschland/bundeswehr--wehrbeauftragte-hoegl--pflicht-beim-wehrdienst-unausweichlich-34800330.html*, aufgerufen am 16. Juni 2024.

Tagesschau (2023). Sondervermögen wird nicht reichen, 26. Februar 2023, verfügbar unter: *https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/sondervermoegen-vollausstattung-101.html*, aufgerufen am 06. Juni 2024.

Torun, H., & Tumen, S. (2016). The effects of compulsory military service exemption on education and labor market outcomes: Evidence from a natural experiment. *Economics of Education Review*, *54*, 16-35.

Anhang A: Detaillierte Beschreibung des Modells

Basisszenario („Status Quo“)

In jeder Periode unseres dynamischen Lebenszyklusmodells verteilen die Individuen ihre Zeit auf Arbeitsangebot, q, Freizeit, v, und Lernen, s. Dabei haben alle Individuen perfekte Voraussicht auf aktuelle und zukünftige wirtschaftliche Ereignisse. Da die Individuen in jeder Periode nur eine endliche Menge an Zeiteinheiten zur Verfügung haben, ist ihre Verteilung auf Arbeit, Freizeit und Lernen durch die folgende Gleichung beschränkt (Beschränkung der Zeitausstattung):

$$v_{i,t} + q_{i,t} + s_{i,t} \leq e$$

wobei e die konstante Zeitausstattung in jeder Periode ist, t das Alter des Individuums bezeichnet und der tiefgestellte Index i den Typ des Individuums bezeichnet - c für Wehrpflichtige, n für Nicht-Wehrpflichtige. Im Status Quo gibt es nur Nicht-Wehrpflichtige; im Falle der Wehrpflicht ändern sich einige Gleichungen, was weiter unten erörtert wird.

Individuen können in Humankapital oder Finanzanlagen investieren. Die Bruttoinvestitionen in Humankapital durch Lernen, s, sind gegeben durch:

$$h_{i,t+1} = (1 - \delta^H) \cdot h_{i,t} + s_{i,t}^{\eta}$$

Dabei ist h der individuelle Bestand an Humankapital, δ^H ist die konstante Abschreibungsrate des Humankapitals und η ist die Elastizität des neuen Humankapitals in Bezug auf das Lernen, $\eta \in (0,1]$. Die Individuen verfügen über anfängliche produktive Fähigkeiten, d.h. $h_0 > 0$.

Das effektive Arbeitsangebot, l, ist gegeben durch:

$$l_{i,t} = q_{i,t} h_{i,t}^{\beta}$$

wobei β die Elastizität der Arbeitsleistungen in Bezug auf den Bestand an Humankapital bezeichnet. Der Parameter β ist zwischen 0 und 1, d.h. 0<β<1, was eine abnehmende Grenzproduktivität des Humankapitals impliziert.

Das Gesamtangebot an Arbeit, L^S, ist gegeben durch:

$$L^S = \sum_{t=18}^{83} l_{i,t}$$

Um sicherzustellen, dass der – durch den Marktzins r diskontierte – Gegenwartswert des Lebenszeit-Konsums nicht den Gegenwartswert des Lebenszeit-Lohneinkommens übersteigt, gilt für die Individuen die intertemporale Budgetbeschränkung:

$$\sum_{t=18}^{83} \frac{1}{(1+r)^t} w\left(1-\tau^l\right) \cdot l_{i,t} \geq \sum_{t=18}^{83} \frac{1}{(1+r)^t} c_{i,t}$$

Dabei bezeichnet τ^l den Einkommensteuersatz. Die Individuen maximieren ihren Nutzen über ihre Lebenszeit. Der Lebenszeitnutzen, U_i, unterliegt der Beschränkung der Zeitausstattung, dem Gesetz der Bewegung („law of motion“) in Bezug auf das Humankapital und der intertemporalen Budgetbeschränkung. Folglich ergibt sich der Lebenszeitnutzen wie folgt:

$$U_i = \sum_{t=18}^{83} \frac{1}{(1+\rho)^t} \left[\left(\frac{c_{i,t}^{1-\gamma}}{1-\gamma} \right) + \alpha \cdot \left(\nu_{i,t} - \mu \nu_{i,t}^2 \right) \right]$$

wobei der Güterkonsum mit c, die Freizeitnachfrage mit ν, die Zeitpräferenzrate mit ρ, der Kehrwert der intertemporalen Substitutionselastizität mit γ, und das der Freizeit zugewiesene Gewicht mit α bezeichnet werden. μ beschreibt die Rate, mit der der Grenznutzen der Freizeit abnimmt, wenn der Umfang der Freizeit erhöht wird.

Individuen können auch sparen und Kredite zum Marktzins r aufnehmen:

$$a_{i,t} = (1+r)\left[w\left(1-\tau^l\right) \cdot l_{i,t-1} - c_{i,t-1} + a_{i,t-1}\right]$$

Dabei bezeichnet a das Finanzvermögen der Individuen mit $a_{i,0} \equiv 0$.

Wehrpflicht

Ein Anteil ε einer Kohorte wird zur Wehrpflicht einberufen. Die Wehrpflichtigen sind verpflichtet, in der ersten Periode voll zu arbeiten, d. h. $q_{c,0} = e$. Während der Wehrpflicht erhalten die Wehrpflichtigen einen Bruchteil f_c des Lohns, den sie bei einer Arbeit auf dem (zivilen) Markt verdient hätten. Die intertemporale Budgetbeschränkung für Wehrpflichtige lautet also:

$$f_c \cdot w\left(1-\tau^l\right) \cdot l_{c,0} + \sum_{t=19}^{83} \frac{1}{(1+r)^t} w\left(1-\tau^l\right) \cdot l_{c,t} \geq \sum_{t=18}^{83} \frac{1}{(1+r)^t} \cdot c_{c,t}$$

Die zusätzliche Steuerzahlung verzerrt auch das finanzielle Vermögen der Wehrpflichtigen:

$$a_{c,1} = (1+r) \cdot \left[f_c \cdot w\left(1-\tau^l\right) \cdot l_{c,0} - f_c \cdot w\left(1-\tau^l\right) \cdot l_{c,0} - c_{c,0}\right] \text{ für } t = 1$$

$$a_{c,t} = (1+r) \cdot \left[w\left(1-\tau^l\right) \cdot l_{c,t-1} - c_{c,t-1} + a_{c,t-1}\right] \text{ für } t \geq 2$$

Das gesamte Arbeitsangebot im Falle der Wehrpflicht, L^S, ist gegeben durch:

$$L^S = \varepsilon \cdot \sum_{t=18}^{83} l_{c,t} + (1-\varepsilon) \cdot \sum_{t=18}^{83} l_{n,t}$$

wobei ε den Anteil der Bevölkerung bezeichnet, der der Wehrpflicht unterliegt.

Die Wehrpflicht wird über die Einkommenssteuer finanziert. Die Gesamtausgaben des Staates entsprechen also den Gesamtausgaben im Basisszenario, zuzüglich der Zahlungen an die Wehrpflichtigen.

Marktlösung

Anstatt junge Menschen zur Wehrpflicht einzuberufen, kann der Staat die gleiche Menge an Arbeitsleistungen ε für das Militär direkt auf dem Arbeitsmarkt erwerben. Wie bei der Wehrpflicht werden die zusätzlichen Soldatinnen und Soldaten über die Einkommenssteuer finanziert. Das Optimierungsproblem der Individuen und die Ableitung des Arbeitsangebots bleiben im Vergleich zum Basisszenario unverändert.

Allgemeines Gleichgewicht

Individuen bieten ihre Arbeit auf dem Markt an. Jede Kohortengröße wird zur Vereinfachung auf 1 normiert, und die Preise und Gesamtmengen werden im Gleichgewichtszustand („steady state“) konstant gehalten.
Die Arbeitskräfte werden in der Produktion eingesetzt (L) und können zusätzlich im Militär eingesetzt werden (M):

$$L^S = L + M$$

Im Basisszenario ist $M = 0$. Im Falle der Wehrpflicht oder der Marktlösung beträgt $M = \varepsilon$.

Ein repräsentatives gewinnmaximierendes Unternehmen produziert homogene Güter. Der Preis von Konsumgütern, normiert auf 1, ist das Standardgut (der „Numéraire“). Der Output des Unternehmens wird mit Hilfe von Arbeit L und physischem Kapital K im Rahmen einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion erzeugt:

$$Y = K^{\phi} \cdot L^{(1-\phi)}$$

wobei φ den Einkommensanteil des Kapitals misst.

Das Unternehmen maximiert seine Gewinne gegeben der Produktionsfunktion. Die Grenzprodukte der Faktoreinsatzgüter sind gleich dem Erzeugerpreis des entsprechenden Faktoreinsatzes. Da wir eine kleine offene Volkswirtschaft modellieren, wird der Zinssatz r auf dem globalen

Kapitalmarkt bestimmt. Unter Verwendung der optimalen Kapital- und Arbeitsinputs aus der Gewinnmaximierung des Unternehmens wird der Lohnsatz bestimmt durch:

$$w = (1 - \phi) \cdot \left(\frac{r + \delta^K}{\phi}\right)^{\frac{\phi}{\phi - 1}}$$

Auch das Verhältnis von Kapital und Arbeit in der Wirtschaft ergibt sich daraus:

$$K = L \cdot \left(\frac{r + \delta^K}{\phi}\right)^{\frac{1}{\phi - 1}}$$

Da es sich um eine offene Volkswirtschaft handelt, sind das in der Volkswirtschaft verwendete Kapital K und das Kapital im Besitz von Individuen nicht gleich. Das Kapital im Besitz von Individuen ist gegeben durch $A = \varepsilon \cdot \sum_{t=18}^{83} a_{c,t} + (1 - \varepsilon) \cdot \sum_{t=18}^{83} a_{n,t}$. Inländer beziehen Nettokapitaleinkommen aus dem Ausland, $r \cdot (A - K)$.

Bruttoinvestitionen I in physisches Kapital halten den Gesamtkapitalstock im Gleichgewichtszustand konstant gegeben der Abschreibungsrate $\delta^K > 0$:

$$I = \delta^K \cdot K$$

Der aggregierte Output des Unternehmens und die Nettokapitalerträge aus dem Ausland werden entweder privat oder vom Staat konsumiert oder in physisches Kapital investiert:

$$Y + r \cdot (A - K) = C + I + G$$

wobei C der aggregierte private Konsum und G der aggregierte öffentliche Konsum ist. Die Haushaltsbeschränkung für den Staat ist in jeder Periode ausgeglichen:

$$\tau^l \cdot w \cdot L + T_M = G + G_M$$

$\tau^l \cdot w \cdot L$ sind die Steuereinnahmen aus der Arbeit in der Industrie. T_M sind die zusätzlichen Steuereinnahmen und G_M sind die zusätzlichen Staatsausgaben, die sich aus der Einführung der Wehrpflicht oder der Anstellung von Berufssoldaten ergeben. Im Status Quo gilt $T_M = G_M = 0$. Wir kalibrieren die Staatsausgaben G, indem wir die Staatsausgaben als Anteil am BIP mit dem realen Wert für Deutschland gleichsetzen. Aus diesem Verfahren ergibt sich $G = \bar{G}$, welches im Folgenden unverändert bleibt.

Im Falle der Wehrpflicht steigen die Steuereinnahmen aus der Wehrpflicht um $T_M = f_c \cdot \varepsilon \cdot \tau^l \cdot w \cdot M$ und Staatsausgaben um $G_M = f_c \cdot \varepsilon \cdot w \cdot M$. Im Falle der Marktlösung steigen die Steuereinnahmen der Anstellung von Berufssoldaten um $T_M = \varepsilon \cdot \tau^l \cdot w \cdot M$ und Staatsausgaben um $G_M = \varepsilon \cdot w \cdot M$. Um den Haushalt auszugleichen, erhöht sich in beiden Fällen der Steuersatz.

Wohlfahrtseffekte

Die Wohlfahrtseffekte der verschiedenen Szenarien werden über das folgende äquivalente Variationsmaß berechnet:

$$\widehat{U}_\iota\left(E_{i,0}\cdot(1+\chi_i), r_0, w_0\right) = \widehat{U}_\iota\left(E_{i,1}, r_1, w_1\right)$$

wobei $\widehat{U}$ die indirekte Nutzenfunktion bezeichnet, E der Nettogegenwartswert des Lebenseinkommens ist, w der Lohnsatz nach Steuern ist und die anfänglichen Gleichgewichts-Werte ohne und mit Wehrpflicht durch die Indizes 0 bzw. 1 gekennzeichnet sind. Die Veränderung der Wohlfahrt zwischen zwei Gleichgewichts-Zuständen wird mit χ gemessen. Dieses relative Maß der Wohlfahrtseffekte gibt an, wie stark sich das Lebenszeiteinkommen im Fall ohne Wehrpflicht oder zusätzlichen Berufssoldaten ändern muss, um den gleichen Nutzen wie in einem bestimmten Szenario zu erzielen.

Kalibrierung

Wir kalibrieren das Modell so, dass es einem realistischen Muster individueller Lebensentscheidungen nach Alter entspricht. Der Parameter α wird so gewählt, dass das Arbeitsangebot mit 60 Jahren, also vor dem gesetzlichen Rentenalter von 67 Jahren, zu sinken beginnt. Dies entspricht dem empirischen Muster in Deutschland. Um die Höhe der Staatsausgaben zu kalibrieren, setzen wir die anfänglichen Staatsausgaben (ohne Sozialversicherungszahlungen) auf 29,1% des BIP fest (Eurostat, 2024a). Dies entspricht einer Lohnsteuerquote von 42,3%.

Die Vergütung der Wehrpflichtigen entspricht (nur) einem Anteil ihrer Produktivität f_c. Da der anfängliche Humankapitalbestand im Alter von 18 Jahren 1 beträgt, stellen die Wehrpflichtigen 1 Arbeitseinheit zur Verfügung. Wir schätzen f_c, indem wir die (Geld- und Sach-)Zahlungen für Wehrpflichtige (1.000 Euro) durch den Lohn nach Steuern für eine Arbeitseinheit teilen. Letzteren berechnen wir, indem wir den Nachsteuerlohn für einen Ein-Personen-Haushalt ermitteln, der 100% des Durchschnittsverdienstes verdient (Eurostat, 2024b), und diesen durch die durchschnittlichen Arbeitseinheiten teilen, die im Modell pro Zeiteinheit bereitgestellt werden. Um die durchschnittlich bereitgestellten Arbeitseinheiten zu erhalten, berechnen wir die durchschnittliche Produktivität über die Kohorten hinweg, gewichtet mit dem Arbeitsangebot. Da der Lohn nach Steuern 3.174 Euro beträgt und das durchschnittliche Arbeitsangebot pro Arbeitnehmer 1,333 beträgt, kalibrieren wir f_c auf den Wert 0,420.

Tabelle A1 zeigt alle Parameterwerte in unserem Modell. Diese stimmen mit denen in Lau et al. (2004) überein. Eine Ausnahme stellen die Werte für die Präferenz für Freizeit, der Zinssätze, der Gehälter und des impliziten Steuersatzes dar – diese wurden anhand neuer Daten aktualisiert.

Tabelle A5: Parameterwerte, Steuersatz und Faktorpreise im anfänglichen Gleichgewichtszustand

Parameterwerte*:*		
ρ	Zeitpräferenzrate	0.031
σ	Intertemporale Substitutionselastizität	0.667
μ	Koeffizient der quadratischen Nutzenfunktion	0.250
α	Gewichtungsparameter in der quadratischen Nutzenfunktion in Bezug auf die Freizeit	1.500
η	Elastizität des Humankapitals in Bezug auf die für das Lernen aufgewendete Zeit	0.750
δ^H	Abschreibungsrate für Humankapital	0.100
β	Elastizität der Arbeitsleistungen in Bezug auf das Humankapital	0.350
ϕ	Wertanteil des physischen Kapitals an der Produktion von Gütern	0.312
δ^K	Abschreibungsrate für physisches Kapital	0.100
h_0	Anfangsbestand an Humankapital	1.000
e	Zeitausstattung in jeder Periode	1.000
f_c	Der Anteil des Marktpreises für Arbeit	0.420
T	Anzahl der Lebensperioden (Lebenserwartung)	65 (83)
T_p	Periode des Rentenbeginns (Rentenalter)	49 (67)
$\bar{G}$	Gesamtausgaben des Staates als Anteil am BIP	29.100

Steuersatz:			
	τ^l	Steuersatz auf Lohneinkommen	0.423
Faktorpreise:			
	r	Jährlicher Zinssatz	0.040
	w	Lohnsatz vor Steuern	0.990